

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 1206.

Telephon Nr. 1206.

Nr. 69.

Freitag, den 23. März 1906.

17. Jahrgang.

## Die Wahl in Kaiserslautern.

An Stelle des wegen Weinpanscheri verurteilten und dadurch unmöglich gewordenen freisinnigen Abgeordneten Sartorius fand am gestrigen Mittwoch im pfälzischen Wahlkreis Kaiserslautern-Rirkheimholanden die Erstwahl statt. Dabei erhielten nach einem uns zugehenden Privattelegramm:

Landtagsabg. Klement (Soz.)	7568 Stimmen
Liberaler Block	7565
Bund der Landwirte	6557
Zentrum	3784

Unsere Partei hat einen Prozentsatz von 550 Stimmen verzeichnen, ein Resultat, das für uns durchaus erfreulich ist.

Seit Bestehen des deutschen Reichstags (1871) war der Kreis bis 1898 im Besitz der Nationalliberalen, die ihn unter dem Sozialistengesetz und sowohl 1890 als 1893 gegen die freisinnige Volkspartei erfolgreich in der Stichwahl verteidigten. 1898 ging der Kreis an Dr. Köstke, den Oberagrarien, über, der 1903 indessen alt abgesetzt wurde, während unsere Partei mit den Freisinnigen in Stichwahl kam. Folgende Gegenüberstellung dürfte interessieren:

Es wurden Stimmen abgegeben:

	1898	1903
Sozialdemokratie	4219	7009
Freis. Volkspartei (Block)	4993	8024
Bund der Landwirte	6078	6114
Zentrum	2885	4248

So zeigt sich, daß die Sozialdemokratie des Wahlkreises stetig vorwärts drängt, während der Liberalismus auch in diesem Wahlkreis dem Untergang verfallen ist. Zwar werden diesmal Zentrum und Landwirtsbündler dafür sorgen, daß noch einmal der liberale Wismarschlandat den Platz des Weinsäfers einnimmt — indessen dürfte auch in Kaiserslautern bald sein Stündlein geschlagen haben. Unsere Genossen in Kaiserslautern-Rirkheimholanden dürfen sich zu ihrem Fortschritt gratulieren. Aus der dritten Stelle in 1898 sind sie an die zweite 1903 und nunmehr an die erste Stelle gerückt. In der Stichwahl werden sie noch einmal alle Kraft anspannen haben und wenn sie dem konföderativ-liberalen Block gegenüber unterliegen, so ist das auch ein Sieg, insofern als Klarheit für immer geschaffen wird!

## Die gleichgültige Nation.

Die Welt erhält jetzt einen Anschauungsunterricht über die berühmte ungarische Freiheit. Versammlungen werden verboten, Vereine aufgelöst, Zeitungen konfisziert, die Kohportage ist aufgehoben, die Gemeindeautonomie suspendiert — und alles als Grund der Gesetze, die man jahrzehntelang als Muster freihetlicher Ordnung gepriesen! Hat man also die Gesetze früher liberaler, wohlwollender, moderner ausgelegt? Welche nicht; der Unterschied zwischen Fejerbarv und etwa Banffy ist nur der,

daß die liberalen Schandregierungen ihre Missetaten an den Nationalitäten und an den Arbeitern verübt haben, während sich die Fejerbarv'schen Maßregeln gegen die privilegierten und herrschenden Parteien richten. Daß das gegenwärtige Regime besonders anmutig wäre und auf Sympathien rechnen könnte, wird niemand behaupten; aber die Kunst, womit sich die unparlamentarische Regierung gegenüber der gewissenlosen Parlamentsmehrheit zur Wehr setzt, sind doch nur beschuldene Maßnahmen der Untaten, die jahrzehntelang ein so wesentlicher Bestandteil des „liberalen“ Regierens in Ungarn waren. Welche Insamien sind im Namen der gepriesenen ungarischen Freiheit gegen die Vorkämpfer der nichtmagyarischen Nationen begangen worden! Wie hat man die rumänischen Politiker, slowakische Patrioten, wie die Deutschen in Magyarien behandelt! Erinnern wir uns noch an die Prozesse wegen „Aufreizung gegen den ungarischen Staat“: wo harmlose Gebichte mit mehrjährigen Kerkerstrafen vergolten wurden, wo die bloße Konstatierung, daß den Nationalitäten die Gleichberechtigung verweigert werde, als Verbrechen „erkannt“ wurde! Und erst die Schändlichkeiten gegen die Arbeiter! Wie man ihre Redakteure wegen „unbefugten Politisierens“ — ein Delikt in Ungarn! — zu einjähriger Kerkerstrafe verurteilte, mit jeder Verurteilung immense Geldstrafen verknüpfte, wie man die von Gewerkschaften gesammelten Fonds als „unbefugten Sammelns“ stahl, wie man ihnen jede Versammlung verbot, keinen Verein unbehelligt ließ — was jetzt verübt wird, ist fürwahr nur der schwache Abklatsch der politischen Unkultur, die in Ungarn gegen die Nationen und Klassen, die der herrschende Müllergelb, jederzeit auf der Tagesordnung stand! Nun freilich, wo von den Maßregelungen die Drahtzieher selbst getroffen, nun merkt Europa auf und lernt die ungarische Verfassung erst gründlich kennen. Nirgendwo ein Gesetz, das bindend wäre für alle und rechtlich verbindend für jedermann; überall nur Verordnungen, mit denen jede Regierung nach Willkür schalten kann. Es ist nur die verbitterte Strafe, wenn die herrschenden Klassen nun am eignen Leibe verspüren, was sie vorher entweder selbst getan oder gleichgültig gewähren ließen; und es wird gewiß nicht ohne Nutzen sein, daß ihnen Art und Weisen der ungarischen Freiheit einmal sichtlich vordemonstriert werden. So wenig sympathisch das Regieren mit den „königlichen Kommissären“ ist, so gleichgültig läßt es jedermann außerhalb Ungarns, denn keiner verheißt sich, daß es eine merkwürdige Verfassung sein muß, die so viel „Verfassungsverletzungen“ möglich macht.

Es scheint aber, daß es auch jedermann in Ungarn gleichgültig ist. Tatsächlich ist der unerschütterliche Gleichmut, womit das ganze Land den Fejerbarv'schen „Absolutismus“ aufnimmt, das vernichtendste Urteil über die ungarische Verfassung. Der Reichstag, so lautet die bis zum Ende wiederholte Behauptung, repräsentiert den Willen der Nation“. Der Reichsrat wird aufgelöst, aufgelöst in der verletzenden und provokatorischen Form, der Wille

der Nation also bergewaltigt — und die Nation gibt nicht einmal ein Lebenszeichen von sich, kein Mensch regt sich im ganzen Lande. Außer dem mühsam konzipierten „Manifest“ des Koalitionsausschusses, das nach Wochen erschien, ist gegen die Auflösung ohne Einberufung in ganz Ungarn auch nicht der leiseste Widerspruch erhoben worden — der Nation ist offenbar der Ausdruck ihres berühmten Willens mehr als gleichgültig. Die Regierung Fejerbarv war auch danach nicht prüde: Sie überzieht das ganze Land mit Kommissären, deren Rechtsgrund niemand angibt, deren Befugnis aber unbefristet ist, konfisziert, verbietet, suspendiert ohne Unterlaß — und alles schweigend und läßt sie gemächlich halten und walten. Die Herren Koalitionsritter schreiben Briefe und produzieren „Interdiktions“: Politik für die Budapest Zeitungen und Kaffeehäuser, von der die Provinz kaum erföhrt, geschweige denn bewegt wird. Die Regierung jagt die Führer selbst auseinander: ihre Antwort ist eine langsame Entschuldigung. Man hat die Koalition für allmächtig gehalten, sie präsentiert sich geradezu als ohnmächtig. Sie hat alle Wähler auf ihrer Seite, aber diese Wähler rühren sich nicht; sie verkörpert den Willen der Nation, aber die Nation ist aus ihrer lethargischen Ruhe nicht herauszubringen. Die Koalition hat alle Talente, Führer, Namen für sich; aber die Führer begnügen sich mit Protestieren und Resolutionskriterien, eine Tat wird nicht sichtbar. Die Wahrheit ist, daß der ungarische Parlamentarismus der Bevölkerung ganz gleichgültig geworden ist und sie auf die „tausendjährige Verfassung“, auf das parlamentarische Ministerium, auf den ganzen Schwindel dieses Privilegienparlamentes pfeift.

Das ist gar nicht erstaunlich, das Gegenteil wäre es. Was kann die Bevölkerung, die wirtschaftlich bedrängt wird, mit den Sorgen ihrer Arbeit und Berufsverfolgung ist, über die Frage des magyarischen Kommandos sagen: die Frage der hundert deutschen Worte in den Kasernen? Was kann ihr dieser Elitenparlamentarismus bedeuten, der nie zum Volke gekommen ist, das Bestium von ein paar hundert Leuten ist, die sich an ihm politisch und materiell bereichern? Was hat der Arbeiter, der Bauer, der Handwerker von der großen Sache, die Herr v. Szell als den Inhalt der ungarischen Verfassung ausgegeben hat: daß die Minister des Landes von den Parteien geliefert werden müssen? Welches Interesse kann dieses Budapester Gewächs für das Land haben; welche Bedeutung diese ewige Staatsrecherei, die gespreizten Phrasen der Führer, die für die Budapest und Wiener Zeitungen gedacht sind, von den Bauern überhaupt nicht verstanden werden können? Diese Gleichgültigkeit gegenüber dem blutleeren, dem rein dekorativen Budapester Parlamentarismus, ist nicht etwa auf die breiten Massen der Nichtwähler beschränkt, sie ist ebenso den Wählern eigentümlich. Denn auch die Wahl der Wähler ist in Ungarn ein Kunstprodukt: ein Produkt der Korruption, eine Mache der bezahlten Berufspolitiker in jedem Ort. Sonst wäre es nicht möglich, daß in dem

## Stefan vom Grillenhof.

Roman von W. Kautzku.

140

(Nachdruck verboten.)

„Ich finde es sehr sonderbar, daß die Frau Gräfin sich so plötzlich um mein häusliches Glück besorgt zeigt, daß sie mich und die Randl zusammenzupackeln möchte, ja noch mehr, daß sie uns beide, wenn wir Mann und Frau sind, im Falle ihres Todes, zu Haupterben ihres Vermögens einsetzen will — aber ich meine, ich könnte mir das wohl gefallen lassen, und die Idee, Randl zu heiraten, würde mir auch ohne Erbschaft passen, und ich wundere mich nur, daß sie mir nicht selbst gekommen ist.“

„Sie kam Dir nicht, weil Du Randl nicht liebst.“  
„Oho,“ rief Hans wärmer werdend, „was weißt Du? Randl gefällt mir, und sie hat mir gefallen, gleich wie ich sie das erste Mal gesehen, und ich habe ihren eigentümlichen Reiz schon erkannt, als ihr andern noch keine Augen für das kleine Mädchen hatten, seitdem habe ich auch ihren Charakter kennen gelernt, er ist so liebenswert und edel, und ich achte Randl höher als irgend ein Weib auf Erden.“

„Achtung ist nicht Liebe.“  
„Sie ist gerade das, was man zu einer glücklichen Ehe braucht, und ich bin überzeugt, ich werde mit Randl glücklich sein, und sie — sie — vielleicht auch — ach, ich hätte ja längst daran gedacht, sie zu heiraten, auch ohne meine Familie, denn nicht — Du — Du mir im Wege gestanden wärest. Aber siehst Du Stefan,“ Hans rückte ihn mit lebenswürdiger Vertraulichkeit näher, „heißt Du, ich meine immer, ihr zwei dürftet daran, ein Paar zu werden, nun sehe ich aber, daß dem nicht so ist, daß ihr nur Fremdschaft für inander empfindet, und ich finde das eigentlich sehr natürlich.“

„Natürlich — warum?“ kam es wie erstickt aus Stefans Kehle.

„Nun, es ist selten, daß sich diejenigen heiraten, die sich als Kinder schon gekannt haben, so frühe Eindrücke können nie so tief sein, daß sie nicht durch spätere, wo die Sinne entwickelter sind, verwischt und überirrt werden, es kam bei Dir so und —“

„Es müßte auch bei ihr so kommen — glaubst Du?“  
Hans fand den Ton seines Freundes eigentümlich bitter und gepreßt, er sah ihm aufmerksam in's Gesicht, aber die Dunkelheit ließ nichts unterstreichen.

„Stefan,“ sagte er ernst, „ich glaube noch gar nichts, ich bin hierher gekommen, um sie zu fragen, ob sie mich will, ich fühle, daß ich sehr befriedigt sein würde, wenn sie ja sagte,

und ich glaube — ja ich glaube auch, daß ich sie glücklich machen würde, glücklicher vielleicht als mancher andere.“

Stefan neigte das Haupt, seine Brust hob sich, es wogte in seinem Innern, aber er unterdrückte jede Aeußerung gewaltsam und der heiße Atem drang nur allmählich und stoßweise über die festüberreinandergepreßten Lippen.

Hans fuhr gelassener fort: „Die Schwachzeit ist bei mir vorüber, ich muß einen raschen Beschluß haben, ich will es noch heute erfahren, ob Randl mir gut ist, und wenn sie einwilligt, meine Frau zu werden, so soll in acht Tagen die Hochzeit sein; was sagst Du dazu?“

Stefan antwortete nichts — er preßte die Nägel der geballten Faust tief ins Fleisch; er blickte es in diesem Augenblick, daß er seiner Jugendliebe, seiner Randl, jemals untreu geworden war.

Hans war aufgestanden, er schien es gar nicht zu bemerken, daß Stefan ihm die Antwort noch schuldig geblieben, er tat einige Schritte gegen das Haus — und kam wieder zurück. „Weißt Du,“ sagte er etwas kleinmütig, „weißt Du, doch ich bang u habe? Es ist keine Kleinigkeit, ein Mädchen das gar keine Ahnung hat, so urplötzlich mit einem Heiratsantrag zu überfallen — nein, es ist das sehr schwer — und ich weiß gar nicht, wie ich mich dabei benehmen soll.“ Und wieder tat er einige Schritte, und kam dann, sichwendend, rasch auf Stefan zu, als ob ihm jetzt erst dessen Schmeigen aufgefallen wäre. „Aber Du jagst ja nichts, nein, Du hast mir noch gar nichts gesagt, und ich möchte doch wissen, was Du darüber denkst, ja, ich muß das wissen. Glaubst Du, daß ich sie verdiene?“

„Du allein bist ihres wert,“ war die klanglose Antwort: „Glaubst Du, daß sie mich nicht haben wollen?“

„Du bist ein ganzer Mann, sie wird Dich wollen.“

„Und kannst Du Dir auch denken, daß ich für sie passe, daß ich sie glücklich machen könnte?“

„Ich glaube es, ja.“

Hans streckte ihm die Hand entgegen.

„Danke Dir, mein Freund,“ rief er mit Wärme, „Deine Zustimmung tut mir unendlich wohl, aber wenn Du mit allem einverstanden bist, dann — dann könntest Du die Sache einleiten. Ich bin schließlich Mädchen gegenüber, Valerie nannte mich ungeschickt, und hier weiß ich nun wirklich nicht, was ich sagen, wie ich's anstellen soll — komm mit, Du sollst ihr sagen, weshalb ich komme!“

„Nein!“ rief Stefan auffahrend, „nein, das kannst Du nicht verlangen.“

„Sich mir nur über das Schwerste hinweg, kennst sie einmal meine Absicht, dann kannst Du Dich selbst aus dem Staube

machen, ja, es wird mir dann sogar sehr angenehm sein, wenn —“ Hans unterbrach sich, der Sand knisterte unter einem leisen Treit, der vom Hause herkam. „Sie ist es,“ sagte Hans, und eine gewisse Angstlichkeit ward sogar in seiner Stimme merkbar, „ich bitte Dich, tu mir den Gefallen, und mach Du den Anfang —“

Stefan antwortete nicht.

Es war Randl, die langsam heranlam. Sie blieb in einiger Entfernung stehen, sie spähte und horchte, ob noch jemand hier unter den Bäumen sei.

Hans erriet ihre Absicht, und sah ein Herz lassend, rief er laut: „Wir sind's Randl, ich und Stefan, wir wollten sprechen zu Dir, wir — wir haben mit Dir zu sprechen.“

„Was wollt Ihr?“ fragte Randl kurz und erlaunt.

Es erfolgte ziemlich lange keine Antwort.

Als Hans sah, daß Stefan nicht den Anfang machen wollte, begann er selbst nockgebrungen, aber verlegen genug: „Randl, es handelt sich um etwas Wichtiges, es handelt sich um das Glück und um die Zukunft eines Menschen, der — der Dich liebt und nun beides aus Deinen Händen erwartet — ich möchte Dich daher bitten — aber Stefan könnte Dir das besser auseinanderlegen.“

„Stefan!“ rief Randl, und so leise auch das Wort gedrohen war, es klang ein Ton aufstomenden Entzückens hindurch; unwillkürlich trat sie Stefan näher.

Er war aufgesprungen und mit einer ärmlichen Bewegung hatte er ihre Hand ergriffen, seine Finger umflossen diese kleine Hand und er preßte sie in der seinigen, als wäre sie sein Eigentum und als hätte sie ihm nie und nimmer entzissen werden; aber kein Laut drang über seine bebenden Lippen.

Hans war indes Randl von der anderen Seite näher gekommen. „Randl, sieh, wenn man einem Mädchen so gegenübersteht, daß man gerne zu haben glaubt dann ist man nicht selbstlos — dann steht die Junge, aber —“ er schloß sich durch ihr Schweigen und durch die Dunkelheit erzwungen. „Aber wenn Stefan nicht spricht, dann laß mich es Dir sagen ja, ich will's Dir gefallen, daß — Stefan, Du bist überflüssig, Du kannst gehen!“

Aber die verschlungenen Hände der beiden brachten sich hierauf nur noch fester aneinander, eine heiße, ragnetische Strömung schien von dem einen Körper auf den andern überzuspringen.

„Weiß, bleib nur,“ flüsterte Randl. „Von Dir will ich's hören, und von keinem sonst, Du sollst es mir sagen, Du sollst mich selbst darum befragen, Stefan, Du!“

(Fortsetzung folgt.)

**Donnerstag nach Ostern und Abolaten, wie aber...**  
gewählt werden, daß sich der Bauer von der Rolle des  
Stimmenlos nicht erheben kann und eine Reihe der Be-  
haber überlassen aller Arten bleibt. Die Mut der  
Gasse gegen Heberdary ist nur allzu begreiflich; hat doch  
der lebenslose Gaubogen die Kammerhaftigkeit des ungarischen  
Parlamentarismus aufgedeckt und der Welt  
gezeigt, daß hinter den Berufschöngeistern des Budapest  
Kafkos nicht mehr steht als die Kräfte und Bestrebungen  
des Krottsch.  
(Wiener Arbeiterztg.)

## Die Antisemiten im sozialdemokratischen Kreuzfeuer.

Der Reichstag stützte am Mittwoch das Andenken des plötzlich  
gestorbenen Abgeordneten Penzmann in der üblichen Weise und  
wachte sich alsdann der Beratung eines sehr forderbaren antileblichen  
Antrags zu. Die Sprengkolumenpartei der Pösterländer hat das Be-  
dürfnis gefühlt, in einem Jubiläumsvortrage die Regierungen zu  
neuen Karlsbader Beschlüssen gegen das Versammlungsrecht aufzu-  
fordern. Sie nennen das „die Versammlungsfreiheit schänden.“ Das  
antilebliche Häuflein der Liebermannianer, dem Herr  
Zimmermann von der benachbarten Braten - Fraktion  
Zugang leistete, vertrat in corpore den famosen Antrag:  
Liebermann v. Sonnenberg ist seine Clowm-Spässe, Pattmann  
erwies seine hervorragende Tätigkeit für das Dichten von Schauer-  
romanen, Dr. Surabardt ließ etwas bei laubhängiger Ver-  
schämtheit von Freund Stöder und die Herren Schad  
und Raab rangen nicht erfolglos mit so erlauchten  
Jüngern um den Kranz. Kurzum: es war eine  
erbanliche Szene, diese antisemitischen „Grachen“ aber „Aufreiß-  
lagen und Verleumdungen über die Sünde seuchen zu hören. Selbst die  
Konfessionellen schienen etwas wie Schamgefühl zu empfinden; nur  
Portia aus Altenburg brachte verächtliche Miße; im übrigen  
schwiegen die Junker und beharrten sich, bei den großen Späßen  
ihrer kompromittierenden Bundesgenossen aufzohnten. Der Frei-  
müthige Schrader, der Zentrumsmann Giesberts, feierte der  
Nationalliberalen Basis erklärten sich gegen den Antrag — der  
letzte Charakteristika sehr richtig die Veruche der Antisemiten, ihre  
Glieder Parteifreunde weiß zu brennen. Gränzlich eingeholt  
wurde den Antisemiten von unserer Fraktion, von der die  
Genossen Baudert, Verastain, Stücken, Sinder-  
mann, Horn, Reichhaus, Schöpflin und Hoffmann  
Verkauf das Wort ergreifen. Jeder unserer Redner brachte drastische  
Beispiele für die Art und Weise vor, wie die Antisemiten die Ver-  
sammlungsfreiheit zu schänden pflegen. — Der Antrag Liebermann wurde  
abgelehnt; außer den Antisemiten stimmten nur die Konfessionellen  
und ein Teil der Reichspartei dafür, ein anderer Teil der Reichs-  
partei stimmte dagegen, darunter der alte Kardoff, der die lieblichen  
Verlogenheiten der Antisemiten aus seinem eigenen Wahlrevier kennt.  
— Ein weltlicher Antrag auf Verabschaffung der Verbrauchsabgabe auf  
Juder ging an die Budgetkommission. — Die nächste Sitzung  
(Kolonialetat) findet erst am Freitag statt.

## Politische Hebersicht.

**Die Marokko-Blamage.** Schritt um Schritt muß  
die deutsche Diplomatie zurückweichen und eine Forderung  
nach der andern aufgeben, weil, wie sich in aller  
Deutlichkeit herausgestellt hat, die deutsche „Grande  
Nation“ völlig vereinsamt ist. Gegen die ganze  
Welt kann selbst ein Bülow nicht Krieg führen,  
und dazu würde es sicher kommen, wenn man nicht nach-  
geben würde. Wir haben zwar nicht die Hoffnung, daß  
unsere regierenden Kreise, die in Preußen die Wünsche des  
Volkes mit Eifer überschütten, aus der Marokko-  
Blamage etwas lernen werden! Im Gegenteil!  
Man wird an anderen Stellen wieder mit derselben  
Ungeheuerlichkeit und mit derselben Arroganz sich eine ebenso  
deutliche Abfuhr holen. Und das ist im Interesse des  
deutschen Volkes nur zu wünschen. Von den neuen Mel-  
dungen aus Algeciras seien folgende verzeichnet: Die  
russische Regierung ließ den Mächten, insbesondere dem Fürsten  
Bülow wissen, daß sie die Ansprüche der Franzosen in Bezug  
auf die Polygynie völlig billigt. Jetzt wird noch aus  
Berlin erzählt, daß „Schlef. Jtg.“ gemeldet:

„Wie nach den letzten Mitteilungen der Norddeutschen All-  
gemeinen Zeitung“ bereits vorauszuweisen war, wird Deutschland auf  
der Ausnahmebestimmung von Casablanca nicht weiter  
bestehen, also auch dort die französische-politische Polizei  
zulassen. Angehts dieser weiteren Konzeption  
mit Rücksicht darauf gerechnet, daß in der Frage  
der Kontrolle der jetzt französischen - spanischen Polygynie  
diesbezügliche weitere Schritte nicht entstehen. Dem Ver-  
nehmen nach werden jetzt — von Österreich abgesehen — sich von  
andere zwei freundschaftliche Vermittelungsverträge gemacht, um zu  
einem endgültigen Resultat zu gelangen.“

Was die verschiedenen „diesbezüglichen“ in der obigen Notiz  
bedeuten, wissen wir nicht, jedenfalls genügt die Tatsache,  
daß man trotz der Langer-Reise, trotz allen Säbel-Rasseln jetzt in  
jedem Punkte nach wie vor nach und Aber zurückweichen  
muß. Sollten die Nachrichten, daß Bülow jetzt gewinnvoll  
werden soll, weil der Kolonialstaatssekretär nicht bewilligt  
wird, nicht den erstarrten Hintergrund der unglaublichen  
Blöße Deutschlands in der Marokkofrage haben?  
Abermals ist der deutsche Delegierte in Algeciras, von  
Radomisz, plötzlich erkrankt!

**Der abgelehnte Staatssekretär.** Die Budget-  
kommission des Reichstages lehnte mit 17 gegen  
11 Stimmen das geforderte Reichskolonialamt ab. Dagegen  
machte das Zentrum den Vorschlag, an Stelle des bis-  
herigen Kolonialdirektors einen Unterstaats-  
sekretär zu bestellen. Selbstredend fand dieser  
Antrag die Mehrheit in der Budgetkommission. Warum  
auch nicht? Es war ja so schon vorbereitet und eine par-  
lamentarische Korrespondenz weiß bereits zu melden, daß der  
Erzprinz zu Hohenzollern sich entschlossen habe, den Posten eines  
Unterstaatssekretärs im Kolonialamt anzunehmen. — Später  
soll er dafür der Nachfolger Bülows werden.

**Johann Penzmann, Justizrat und freiwirtschafts-**  
parteilicher Abgeordneter für den Reichstagswahlkreis  
Hessisch-Nassau, ist plötzlich gestorben. Er hatte am  
Dienstag während der Reichstags-Sitzung einen Schlaganfall  
erlitten, dem er Mittwoch früh 7 Uhr erlegen ist. Penz-  
mann, der von 1881 bis 1887 den Wahlkreis Dortmund  
und von 1888 ab den obengenannten Kreis Hessisch-Nassau ver-  
trat, gehörte früher zu den beliebtesten Parlamentarierern  
und galt als starrer Oppositionsmann. In den letzten  
Jahren ist er mehr und mehr zurückgetreten. In politi-  
schen Prozessen ist Penzmann oft als Verteidiger aufge-  
treten.

In Altona-Herolden wurden 1903 abgegeben für den  
sozialdemokratischen Kandidaten 10,146, für  
den liberalen 7787, für den Nationalliberalen 7440,  
Zentrum 6604 und den Christlich-Sozialen 1487 Stimmen.  
In der Stichwahl siegte Penzmann mit 19,175 gegen  
11,080 Stimmen, die auf unseren Genossen fielen.

**Wieder entwischt.** So ist es in dem 2 1/2-jährigen  
Kolonialkriege ja schon hundert von Malen gegangen, und  
so hat es sich in voriger Woche abermals zugetragen.  
Steg Strunken wurde vor drei Tagen amtlich berichtet, daß  
Morenga und Morris, die letzten Kapitäne der  
Hottentotten, von drei Seiten umzingelt seien und nun end-  
lich zur Strecke gebracht werden würden. Nun muß wieder-  
um amtlich mit tiefer Zerklüftung gemeldet werden:

Major Lüdler hat am 11. März bei Belladrist den An-  
griff gegen den ihm umschlingenden Gegner ausgeführt.  
Die Abteilung des Hauptmanns Liebert griff von Westen, die  
Abteilung des Oberleutnants Meyer, die bereits einer zehn-  
tägigen Nachmarsch zurückgelegt hatte, von Osten her an.  
Nach längerem Widerstand gelang es dennoch den  
Hottentotten, deren Stärke auf etwa 100 Gewehre ge-  
schätzt wird, nach Nordosten zu entweichen und sich in  
den umliegenden Gebirgen zu zerstreuen. Morenga soll  
diese Bande persönlich geführt haben. Auf deutscher Seite ist  
ein Ketter gefallen, ein Ketter schwer verwundet.

Major von Efferth ordnete sofort die Befehle der  
Waffenkammer von Arn, Nollau und Rauffe und die Verfor-  
derung des Gegners durch die vereinigten Abteilungen Liebert  
und Meyer den Oranien aufwärts an. Die Abteilungen der  
Hauptmanns von Erdel und von Hornhardt, die am 12. d. M.  
den Gegner bei Hartelstamm geschlagen hatten, fechten noch  
am Abend desselben Tages den Vormarsch in Richtung Belladrist  
fort. Auf Stumpfaden, die Geschütze, Maschinengewehre  
und Verpflegung auf Tragkarren verladen, verfolgte man den  
Feind, dem es möglich war, von den jetzigen hohen  
Felswänden herab unsere Kolonnen zu beschießen und zu  
zerstreuenden Entwürfen zu zwingen. Am 13. März, Morgens,  
wurde endlich eine fruchtbringende  
Werk erreicht, aus der nur noch vereinzelte Schüsse fielen.  
Die mit Essen und Gausgerät gefüllten Pontons (Küsten), zurück-  
gelassene Gewehre und Schützlinge ließen die Erde erkennen, mit der  
der Feind gewandert war. Das in der Nacht gewundene Tage-  
buch des am 26. Juli vergangenen Jahres unter Ramond  
von Nordost-Parten erschossenen Generalmajors Sebmayer läßt dar-  
auf schließen, daß die Feinde von diesem bewohnt war.

Die früheren Insassen zogen sich rechtzeitig  
aber den Oranien aufwärts zurück und setzten sich zum  
Teil auf den dichtbewachsenen englischen Klippen  
zum Teil auf dem südlichen britischen Ufer fest. Nach Mit-  
teilung des Gouverneurs an den Obersten Dame hat der Kolo-  
nialsekretär in Kassel die Entlassung und Internierung der  
Hottentotten bereitwillig zugesagt. Die Oberste Dame hervorhebt,  
bedeutend in den Tagen vom 8. bis 13. d. M. geführten  
Kämpfe in materieller und moralischer Hinsicht einen wichtigen  
Erfolg unserer Waffen, indem sie den Gegner von den Wasser-  
stellen am Oranien vertreiben und ihn von dort besonders  
quantitativ abgeschlachtet haben. Oberste Dame geht mit  
seinem Tode am 14. d. Mts. nach Wombad zurück, wobei  
am 15. d. Mts. auch Major von Efferth wieder einge-  
troffen ist.

Die Erwartung, daß die Engländer sich beeilen werden,  
die Entwichenen zu entwaffnen, teilen wir nicht. Sie wer-  
den sich damit schon so viel Zeit lassen, daß sie keine Ueber-  
läufer mehr vorfinden. Im übrigen sind die eigentlichen  
Morenga- und Morrisleute unbesiegt auf deutschem Boden.  
Sie werden sich bald wieder bemerklich machen. Der Krieg  
kann also lustig weiter gehen. Nach Ansicht der bürger-  
lichen Parteien haben wir's ja dazu.

**Die Cousine als Märtyrerin.** Herr Jesko von  
Puttkamer hat es verstanden, der Kolonialverwaltung ge-  
gentüber den Anschein zu erwecken, als habe er seiner  
„Cousine“ einen Post auf den Namen v. Gardssteln aus-  
gestellt, ohne zu wissen, daß er damit etwas Falsches be-  
drücklich dokumentierte. Wie es mit diesem „guten  
Glauben“ steht, das hat im Reichstage eine eigenartige  
Belauchung erfahren. Uebrigens teilt das neueste Heft  
(12) des „Kolnand von Berlin“ mit, daß Herr v. Putt-  
kamers „Cousine“ im Jahre 1899 zu acht Wochen  
Gefängnis wegen Führung eines falschen  
Passes verurteilt worden sei, und daß die Dame diese  
Strafe in Dresden, ihrem damaligen Wohnort,  
abgehört habe. Selbst ein Jesko v. Puttkamer habe  
es nicht vermocht, Gnade für sie zu erwirken, und so habe  
die „Cousine“ Jeskos für ihn und für Kamerun gedummt.  
Herr v. Puttkamer hat es also ruhig mitanzusehen müssen,  
wie seine Geliebte, die er jahrelang für seine „Cousine“  
hielt, für ihn zur Märtyrerin wurde! Diese Mär-  
tyrerin selbst, von der der „Kolnand“ mitteilt, sie sei eine  
Quecksilber-Gärtnerstochter, hat sich vor einiger Zeit  
in London an einem Herrn v. Gernar verheiratet, von  
dem sie in Kürze geschieden zu sein hofft. Dies der Voll-  
ständigkeit halber nebenbei.

**Misaböhe.** Als im Hinterlande von Togo Stationen  
begründet wurden, wollte die Sitte einreichen, sie nach Damen  
zu benennen. So war der heutigen Station Rete-Kratsch  
der Name Rete-Edwigsöhe zugebracht und einer anderen am  
Augebirge der Name Misaböhe. Herr v. Puttkamer, damals  
Landeshauptmann von Togo, gab zu der „Edwigsöhe“ seine  
Zustimmung nicht, dagegen ist die „Misaböhe“ bis heute ge-  
blieben, wohl weil Herr v. Puttkamer selber geglaubt haben  
mag, dem vorgeschlagenen Namen liege irgend ein Ehrenwort  
zu Grunde. Diese Anschauung ist jetzt die landläufige. Tat-  
sächlich aber heißt Misaböhe nach einer Dame Misa E., zu  
der Herr v. Puttkamer damals partei-Beziehungen  
hatte. Nachdem das harmlose portugiesische Klein-Kapo als  
„shocking“ auf Betreiben der Missionäre in Ancho unmae-

laufft worden ist, muß man sich wundern, daß diese an der  
Misa E. seinen Anstoß genommen haben.

**Auf der Anarchistenhaft.** In Düsseldorf  
wurden am Sonnabend bei etwa acht bekannten Anarchisten  
Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die Durchsuchung war auf  
einigen Stellen so gründlicher Natur, daß man die in kleine  
Stücke zerrissene Korrespondenz aus dem Ofen herausholte  
und durch wieder Zusammenlegen etwas herauszubekommen  
suchte. Die Hausdurchsuchungen waren bis auf einige belanglose  
Briefe und Karten sowie etlicher Broschüren der Sozialen  
Generalkongress und zwei auszufüllte Aufnahmeformulare des  
Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, welche beschlagnahmt  
wurden, belanglos. Am Sonntag, den 18. März, wurde der  
Anarchist Junker, der Bruder des zu 8 Monaten Gefängnis  
Verurteilten, in einem Lokal verhaftet, nach einem längeren  
Verhör und leiblicher Disziplin wurde er wieder entlassen.

**Preußen in Deutschland voran?** Der preussische Staat  
reicht sich als Arbeiter, trotzdem er einst Muster zu werden ver-  
sprach, wenig nobel. Im „Archiv für sozialwissenschaftliche Unter-  
suchungen“ ist ein Aufsatz von Prof. Tob in München erschienen:  
„Der Preuss als Arbeiter“, in dem nachzulesen wird, daß Preußen  
im Bereiche zu den übrigen deutschen Staaten in der Eisenbahn-  
Verwaltung die niedrigsten Löhne zahlt. „Wenn Preußen dieselben  
Schlechter und Löhne zahlen würde, wie Bayern, so müßte es jährlich  
30 Millionen Mark mehr dafür aufwenden.“ Daffir werden die  
Eisenbahn-Bedienten und Arbeiter in Preußen umso mehr politisch  
bedrängt. Einen Vorzug müssen sie doch haben. Und dann die  
vielen kleinen Steuern und Schenkungen an der Uniform. Was  
braucht's da noch mehr?

**Rechtlerlich, schäblich!** Man genieße mit Verstand das  
nachstehende Klagebuch der „Deutsch-österreichischen Korrespondenz“  
über die „Gallatiner“, die am 25. Februar am Hofe Wilhelms II.  
abhalten wurde: „Der Glanz aller Fürstlichkeiten und obersten  
Chargen des Hofes, des Reiches, des Heeres, der Marine, der diplo-  
matischen Vertretungen muß ein übermäßig hoher sein. Nur  
einzig ist und ansehnlich. Es war ja wohl die allerböchste Silber-  
hochzeit durch einen Dankgottesdienst im Dome türlich geweiht  
worden. Sollte denn da nicht auch für die Demagogik oder  
unvernünftigen für den selektierenden Oberhauptredner eine gemielene  
Stelle an der Hofkapelle zu finden gewesen sein? Unter all den strahlenden  
Uniformen nicht ein einziges geistliches Gewand? O nein, wir  
haben! In der kaiserlichen Mittelkapelle, gegenüber den Musikanten,  
auf beiden Seiten der 26 Prinzen und Prinzessinnen, Großherzöge  
und Herzöge, da strahlen ja geistliche Gewänder, da glänzen goldene  
Kreuze auf der Brust an schweren Goldketten. Aber es sind nicht  
etwa Kreuzen von protestantischen Generalinspektoren; diese  
Kette hat doch unter den Fürstlichkeiten und an der vornehmsten  
Mittelkapelle dieses Galabiers keine Stelle! Nein, es sind — die  
einzigsten Vertreter der amtlichen Kirche an der Hofkapelle des pro-  
testantischen Kaiserhauses — die zwei katholischen Kardinal-  
aus Preußen und aus Köln, Dr. Köpp und Dr. Fischer! Unser  
Beifall!“

**Obelste wegen Bilanzfälschung an-erkannt.** Gegen die  
Mitglieder des Vorstandes und Ausschusses des Neu-  
wettiner Landwirtschaftlichen Ein- und  
Verkaufsvereins ist, wie die „Zeitung für Inter-  
kommern“ mitteilt auf Grund des § 147 des Genossenschafts-  
gesetzes Anklage erhoben worden, weil mehrere falsche  
Bilanzen und Geschäftsberichte aufgestellt und  
veröffentlicht worden sind, und die großen erlittenen Verluste der  
vom Verein verwalteten genossenschaftlichen Kornhäuser hier und  
in Graunung zu verheimlichen. In den Angeklagten gehören unter  
anderem das preussische Herrenhausmitglied Land-  
schaftsrat v. Herberg-Lottin, der Landrat des  
Kreises Neustettin v. Poin-Wangerow und das  
Reichstags- und Abgeordnetenhausemit-  
glied v. Poin-Wahrenbusch. Auf Antrag des  
letzteren ist vom Reichstag in der Sitzung vom 10. Januar die  
Einstellung des Verfahrens während der Dauer der Session ohne  
Diskussion beschlossen worden. Die spätere gerichtliche Verhand-  
lung verspricht recht interessant zu werden. Die beiden aus  
Staatsmitteln mit 253,700 Mark Kosten erbauten Kornhäuser  
stehen seit dem 1. Juli 1904 auf Kosten der Steuerzahler un-  
benutzt da und werden wohl auf Abbruch (!) verkauft werden  
müssen, da sich bisher keine andere Verwendung hat finden  
lassen.

**Bei der Reichstags-Ordnungswahl in Hohenzollern-**  
Sigmaringen, die am Dienstag stattfand, erhielten nach vor-  
läufiger Bestimmung Amtsgenossen Dr. Pelzer (Zentr.) 7091  
Stimmen, Neel (lib.) 1908, Hill (Soz.) 822 Stimmen. Der Wahlkreis ge-  
hört zu den sichersten Domänen des Zentrums.

## Ausland.

**Die Schulfrage in Südtalien.** In den Provinzen  
von Südtalien herrschen trostlose soziale Zustände, herberg-  
gerufen durch die besonderen Agrarverhältnisse. Die großen Kat-  
likenbesitzer knechten die Pächter und Landarbeiter in der un-  
erhörtesten Weise und die zahlreichen Revolven der blutarmen  
Bevölkerung geben Zeugnis von der tiefen Empörung, welche  
dies beherzigt. Tausende und Abertausende verlassen alljähr-  
lich ihre Heimat, um sich über dem Meere ein neues besseres  
Vaterland zu suchen, Tausende wandern nach anderen europä-  
ischen Ländern und treten hier leider häufig genug als Lohn-  
drücker auf. Diese Provinzen stellen auch das Gros der in  
Italien zu zahlreichem Analphabeten. Lange schon steht deshalb  
die südtalienische Frage im Vordergrund des öffentlichen In-  
teresses. Auch unsere Parteigenossen haben schon entsprechende  
Anträge im Parlament eingebracht, die aber bei den herrschen-  
den Mächten wenig Gegenliebe gefunden haben, da diese nach  
dem Rezept verfahren möchten: Wafch mit den Pelz und mach  
ihn nicht naß. Wie die Regierung helfen will, ist ersichtlich aus  
dem Entwurf, soweit er sich auf die zu ergreifenden Maß-  
nahmen bezüglich der Schule bezieht.

Danach soll zu Nutzen der Kommunen, welche nicht Pro-  
vinzialhauptstädte sind und welche eine Bevölkerung von wenig-  
ger denn 20,000 haben, der Staat mit Vorschüssen zum Zwecke  
von Schulbauten eingreifen. Das soll aber nur in Gestalt von  
Darlehen bis zur Höhe von 70,000 Lire geschehen und diese  
Anleihen sollen bis zum Jahre 1916 wieder getilgt sein. Kom-  
munen, die weniger als 5000 Einwohner zählen, sollen an An-  
leihen hierfür 1 Prozent, die andern 1 1/2 Prozent zahlen. Von  
jetzt ab bis zum Jahre 1916 will der Staat für diesen Zweck  
eine ganze Million Lire ausgeben. Außerdem werden in den  
Etat des Kultusministeriums für das nächste Jahr 600,000 Lire  
eingesetzt für Errichtung von neuen Schulstätten. Ferner ist  
erlaubt, 2000 Abend- und Sonntagsschulen einzurichten, um  
den Analphabeten unter den Erwachsenen, Gelegenheit zu geben,  
noch einige Schulkenntnisse anzueignen. Schließlich werden  
200,000 Lire zur Errichtung von Kindergärten und Kinderasyle  
aufbewahrt. Das ist das Ganze, was die italienische Regierung  
für die lang vernachlässigte Schule in den südlichen Provinzen  
für sich hat. Das hindert aber auch diesen Staat nicht, in der-  
selben Zeit hunderte von Millionen für Militär- und Marine-  
zwecke fortzuwerfen.

Stellung des Krieges in Frankreich. Die Kommission des Reichstages hat am 22. März 1906...

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. März.

Die neue Kaiserbrücke.

Seit fast fünfzehn Jahren ist das Projekt einer neuen Verbindung Weimigs mit der inneren Stadt durch den Bau einer weiteren Oberbrücke besprochen...

Die 'Kaiserbrücke', die im Zuge der Kaiserstraße umfassen Oberstrom nach dem Oplausufer hin überstreiten soll, soll einen Kostenaufwand von 2,570,000 Mark erfordern...

Der Fundamentbau soll, wie gesagt, in Betoneisen hergestellt werden; durch eine Granitpyramide wird der Zug der Kettenketten allmählich auf die Betoneisenkonstruktion des Ankerfundaments übertragen...

Zur Unterstützung der Fahrbahn sollen Bugelbleche auf einen Kofst von sekundären Längs- und Quertägern aufgenietet werden; die rund 20 Meter langen Quertäger erhalten im mittleren Teile 4 große Öffnungen zur Aufnahme der großen Gas- und Wasserrohre...

Die Breite der Brücke soll 18 Meter im Dichten betragen, 11 Meter kommen auf die Fahrbahn und je 3,50 Meter auf die beiden Bürgersteige; die Kaiserbrücke hat also dieselbe Brückenabmessung wie die neue Werderbrücke...

Besonderen Schwierigkeiten, vor allem auf dem rechten Ufer begegnet die Rampenanlage; sämtliche Rampenstraßen liegen im Gefälle 1:50. Die Hauptzufahrtsstraßen werden bis an die vorhandenen Hauptverkehrswege durchgeführt...

Wenn auch nicht gelehrt werden kann, daß auf die ästhetische Ausbildung der Konstruktion viel Wert gelegt worden ist, so muß doch, wie bei allen solchen Bauten, abgemauert werden, wie weit es dem Architektonen gelungen ist, mit seinem Entwurfe sich in den Gesamtcharakter des Stadtbildes einzufügen...

Unfälle. Im Krankenhaus der Barnherzigen Brüder fanden Aufnahme: Ein Knecht aus Kreitz bei Breslau, der beim Strohladen vom Wagen auf die Straße fiel, einen Schädelbruch erlitt...

Die Mitglieder des Reichstages (Donnerstag und Freitag) werden sich am 23. März, Abends 9 Uhr, im Saal des Reichstages...

Dringende Aufforderung an die Leser der Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Betreffs Neuordnung der Bibliothek ersuchen wir alle Entleiher...

Auf das Volkstheater, das am Sonntag, den 25. März, Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause stattfindet, machen wir hiermit wiederholt aufmerksam...

Von der 'Breslauer Stadtzeitung', die im Auftrage des Magistrats vom städtischen Amt herausgegeben wird, sind jetzt die Hefte 2 und 3 vom 25. Bande erschienen...

Ein junger Messerheld. Der Lehrling eines Kaufmanns, Klosterstraße 68, geriet am 21. d. M. mit dem Hausknecht in Streit...

Verstorbene. Wegen einer unbedeutenden Rauchentzündung starb am 20. d. M., Nachmittags, eine Rentiere die Feuerwehre nach Kling 51...

Verhaftet wurde ein Arbeiter, der aus einer Wohnung, in der er gewohnt hatte, eine Pflanze gestohlen hatte...

Verstorbene. Gestorben wurden: einer Malerfrau auf dem Ring ein Nervenleiden mit 80 J., und einer Schneiderin von der Neubrückstraße sechs Meter schwarzer Sammet...

Polizeilich. Verhaftungen. In das Polizeigefängnis wurden am 20. d. M. 43 Personen eingeliefert...

Neueste Nachrichten.

Wittes Rücktritt?

In Petersburg war am Dienstag besonders lebhaft das Gerücht verbreitet, daß Witte zurücktreten wolle...

Glor zum Gefecht!

In Sewastopol ist die Festung vollständig kampfbereit. Gegenüber der Maximafarne sind 12 Geschütze aufgestellt...

Ein russisches Urteil.

Der Gerichtshof hat den Chefredakteur der 'Nowosti', Nowitsch, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und beschloffen, das Erscheinen der Zeitung dauernd zu verbieten...

Meteorologische Beobachtungen der Königl. Universitäts-Sternwarte.

Table with 4 columns: Datum, Nachm. 9 Uhr, Abends 9 Uhr, Morg. 7 Uhr. Rows for Luftwärme, Luftdruck, Dunndruck, Dunndichte, and Wetter.

Landesamtliche Nachrichten.

Beirats-Ankündigungen. II. Postbote Albert Woytowitsch, kath., Marktstraße 5, und Martha Kisch, ev., Freiburgerstraße 31...

Beirats-Ankündigungen. IV. Postbote Albert Woytowitsch, kath., Marktstraße 5, und Martha Kisch, ev., Freiburgerstraße 31...

Beirats-Ankündigungen. I. Zimmermann Ernst Döber, ev., T. - Richter Ernst Kuhn, ev., S. - Techniker Alfred Kowalewski, ev., T. - Oberlehrer Adolf Reimann, kath., T. - Schneider Bruno Stroh, ev., T. - Arbeiter Paul Marzelle, kath., T. - Schneidermeister Karl Jael, kath., T. - Schneider Julius Scholz, ev., S. - Arbeiter Augustin Konrad, kath., T. - Oberlehrer Hermann Böker, ev., S. - Sattler Wilhelm Heßler, ev., S. - Maler Paul Grün, ev., S. - Drehtische Ernst Reidel, ev., S. - Friseur Bruno Kuyner, kath., T. - Tischler Karl Teutmann, ev., S. - Arbeiter Otto Krause, ev., T. - Arbeiter Reinhold Nowak, ev., T. - Militärinvalide Hermann Beule, ev., T. - Restaurateur Ernst Schade, kath., S. - Möbelfabrikant Hermann Nowak, ev., T. - Kaufmann Bernhard Engel, kath., T. - Maschinenist Wilhelm Malcher, ev., T. - Buchhalter Heinrich Müller, ev., S. - Arbeiter Karl Hoqall, ev., S. - IV. Kanzleibeamter Max Hilbig, kath., T. - Stellmacher Ernst Wallot, ev., T. - Buchhalter Karl Springer, ev., S. - Bildhauer Georg Boyke, ev., S. - Schuhmachermeister Franz Schirch, kath., S. - Kleinfabrikant Rudolf Grewer, ev., S. - Friseur Paul Kriewitz, ev., T. - Wagenführer Franz Langwitz, kath., S. - Kaufmann North Kolodjinski, kath., S. - Bäcker Friedrich Wallot, ev., T. - Bildhauer Max Alor, kath., S. - Buchhalter Edmund Bender, kath., T. - Kaufmann Ulrich Witz, ev., S. - Arbeiter Georg Weisell, kath., S. - Bahnarbeiter Alfred Hubrich, ev., Weill. (T.) - Gasanstaltsarbeiter Karl Brandwein, ev., S. - Geschäftlicher Gärtner Robert Steing, kath., T. - Tapezierer Karl Schneider, kath., T. - Schuhmacher Adolf Sauer, ev., T. - Schneider Paul Schöb, ev., S. - Schlosser Gustav Kahlke, ev., T. - Telegraphen-Telegraphenmacher Ernst Müller, ev.-luth., T. - Maschinenmeister Karl Vögel, ev., T. - Gerichtsdiener Otto Kapprecht, kath., S. - Fabrikarbeiter Paul Schiedewah, ev., S. - Buchhalter Paul Barowsky, kath., Weill. (T.) - Schriftföhrer Oskar Schiebel, ev., T. - Restaurateur Richard Klose, ev., T.

Beirats-Ankündigungen. II. Elfe, T. des Fabrikanten Karl Weh, 2 Mon. - Hausführer Emma Arndt, geb. Ehrig, 64 J. - Eisenbrecherin Bertha Böhm, geb. Böhl, 22 J. - Kontorist Oskar Hain, 28 J. - Kart. S. des Tischlereiellen Gustav Bentzold, 3 J. - Rentierswitwe Auguste Kröner, geb. The, 81 J. - Arbeiterwitwe Veronika Banzed, geb. Kröner, 56 J. - Kinderwitwe Kolina Kionka, geb. Janke, 50 J. - Postkassenschriftw. Johanna Fode, geb. Witz, 72 J. - Familien-Vers.-Anspruchswitwe Elma Gerlach, geb. Gumboldt, 79 J. - Ida, L. des Arbeiters Karl Kersch, 5 Mon. - Weill. S. des Drochsenkutschers August Kersch, 1 Mon. - Fräul. Kaufmann Friedrich Sobel, 75 J.

Beirats-Ankündigungen. I. Arbeiter Jakob Wandmann, kath., S. - Arbeiter Wilhelm Völler, kath., S. - Arbeiter Bruno Doffka, kath., S. - Uhrmacher Paul Krappitz, ev., 2 T. - Maler August Viertel, ev., S. - Fernmacher Adolf Marle, ev., T. - Stellmacher Eduard Boenick, kath., T. - Schmied Adolf Hüpe, ev., T. - Geschäftsbüroangest. Adolph, ev., S. - Schneider Emil Sobotta, ev., T. - Stellmacher Paul Schindel, ev., T. - Schneider Josef Otto, kath., T. und S. - Kaufmann Samuel Breitbach, kath., S. - Kellerer Arthur Quabins, ev., S. - Schlosser Paul Wöhrler, ev., T. - Dienstaufsicht Alfred Grabowsky, kath., S. - Bildhauer Max Kofrad, ev., S. - Friseur Friedrich Klat, ev., T. - Glaserbodenarbeiter Friedrich Born, ev., S. - Schlosser Julius Meise, ev., T. - Diener Wilhelm Müller, ev., T. II. Daubeder Johann Giesla, kath., S. - Klempner August Domrowski, kath., S. - Zeichner Paul Otto, ev., T. - Arbeiter Karl Unper, ev., T. - Schenkmann Paul Jäger, kath., T. - Schuhmacher Richard Bollmer, kath., S. - Zimmermann Julius Gänther, ev., T. - Arbeiter Paul Hübel, ev., T. - Gärtner Johann Eichow, kath., T. - Tischler Karl Völler, kath., T. - Arbeiter Paul Straube, ev., T. - Eisenarbeiter Hermann Weber, ev., S. - Tischler Josef Kroll, ev., S. - Buchhalter Ernst May, kath., S. - Arbeiter Andreas Golewa, kath., S. - Produktionshändler Paul Schneider, kath., S. - Maler Reinhold Schmiedel, ev., S. - Arbeiter Paul Reimann, ev., T. - Tischler Josef Schatz, kath., T. - Kutscher Karl Benkert, ev., S. - Klempner Otto Erath, ev., S. - Kutscher Gottfried Schöke, ev., T. - Feldwebel Robert Werner, ev., T. - Restaurateur Stanislaus Kaspertowiat, kath., S. - Kutscher Josef Jersak, kath., T. - Drechselbesitzer Paul Kallbreuner, ev., S. - Schiffer Hermann Baumgart, ev., T. - Arbeiter Paul Ganski, kath., S. - Schuhmachermeister Karl Döhl, ev., T. - Schriftföhrer Richard Eigner, kath., S. - Oberrealschullehrer Max Manziog, kath., T. - Maler Max Schmidt, kath., S. - Bildhauer Richard Wrochard, ev., S. - Kesselschmied Paul Ksch, ev., T. - Steinsetzmeister Karl Kofka, kath., S. - Arbeiter Franz Haase, kath., T. - Maler Hermann Wittmann, ev., S. - Arbeiter Paul Zimmerling, ev., S. - Kaufmann Wilhelm Richter, ev., S. - Straßenbahnführer Friedrich Stahr, ev., T. - Expedient Paul Jochke, kath., T. - Vermessungsgeometer Paul Ruzge, ev., T. - Restaurateur Hermann Wintler, ev., S.

Briefkasten.

S. Kuschel OS. Die Sache hat bereits vor einigen Tagen in der 'Volkswacht' gestanden. Die Verhaftung konnte auf Grund der Straßprozeßordnung erfolgen; sie wäre nicht vorgenommen worden, wenn Sie sich wegen des Nichterscheinens im Termine entschuldiget, beziehungsweise dem Sachverhalt dargestellt hätten.

J. A. Nowitsch. Das Kloaken ist berechtigt für die fragliche Zeit Lohn von dem Manne zu verlangen und soll ihn verweigern, wenn er die Zahlung der Vergütung ablehnt.

Verantwortlich für die Rubriken: 'Breslauer Nachrichten', 'Aus Schließen und Voten', das Feuilleton und die Parale: Robert Friedberg; - für alles übrige: Franz Kriehs. - Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 6/6. - Verlag von Oskar Schöck; - Druck von Th. Schöck S. m. b. H. - sämtlich in Breslau. - Ausgabezeit: Breslau. - Dienstag 1. Beilage.

Aus der Geschäftswelt.

Mit dem heutigen Tage beginnt in der altbreslauer Strohhutfabrik von Freund u. Krebs, Neue Graupenstr. 11, der Einzelverkauf von Strohhüten für Damen, Herren, Mädchen und Knaben. Das Verkaufsort befindet sich nun direkt im Nebengebäude, Neue Graupenstr. 11, 1. St.



Freitag, den 22. März 1906

## Vom Seemanns-Schutzkongress.

Der erste allgemeine Schutzkongress für alle in der Schiffahrt und am Schiffbau beteiligten Arbeiter trat Montag Vormittag zu Berlin im Gewerkschaftshaus zusammen. Sein Zweck ist, vor allem die gelegentlichen Körperkassen auf das Gelingen des Seemannsverbandes hinzuwirken und sie davon zu überzeugen, daß die am 1. April 1903 in Kraft getretene Seemannsordnung ihren Zweck in keiner Weise erfüllen kann. Dieser Aufgabe suchten die Teilnehmer des Kongresses auch dadurch gerecht zu werden, daß sie an die Mitglieder des Reichstages und ebenso an die Reichsregierung Einladungen ergaben ließen, doch mußte der Vorsitzende des Seemannsverbandes, Kapitän Paul Müller-Hamburg, in seinem Referat über die soziale und rechtliche Stellung der seemannsmännlichen Arbeiter zu seinem Bedauern konstatieren, daß keine der bürgerlichen Parteien der Einladung nachgegeben hatte. Ebenso glänzte die Reichsregierung durch Abwesenheit. Für die Arbeiterschaft ist es ja nichts Neues, daß dieselbe Regierung, die zu gleichgültigen Veranstaltungen bürgerlicher Interessengruppen Vertreter entsendet, von solcher Beteiligung an proletarischen Kongressen nichts wissen will. Auch von bürgerlichen Parteien sind die Arbeiter kaum eine andere Behandlung gewöhnt. Doch kommt es wohl selten vor, daß eine amtliche Körperkassentätigkeit zu erkennen gibt, warum sie mit Arbeiterorganisationen nichts zu tun haben will, als es in einem besonderen Falle dem Seemanns-Schutzkongress gegenüber geschah. Die Gewerkschaftsgenossenschaft, die ebenfalls eingeladen war, lebte das Gesuch um Vertretung mit der Erklärung ab, daß die Tendenz der Organisation, von welcher der Kongress veranstaltet sei, ihr nicht genehm wäre. Wenn die Seemanns-Organisation bürgerlich-freihändig, vom monarchischen Landeseigenen erfüllt wäre und nicht, wie Schleppau der Sozialdemokratie befinde, wäre vielleicht ein Vertreter der Berufsgenossenschaft erschienen. Mit Recht hielt der Verbandsvorsitzende es für angebracht, bei dieser Gelegenheit einmal das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft darzulegen. Was die Gefahr für die heutige Staatsordnung betreffe, so sei davon bei einer Versammlung des Bundes der Landwirte mit ihren Unterkämtern, die Bevölkerung empfindenden Grundgebungen entschieden eher zu reden, als einem Gewerkschaftskongress gegenüber, der die Gesetzgebung veranlassen wolle, dem Gängel der Berufsgenossen ihr Auge zuzuwenden. Das Verlangen aber, so meinte Müller weiter, daß die Arbeiterschaft sich von der sozialdemokratischen Parlamentsvertretung lösen soll, ist nicht beabsichtigt. Wenn sich jemals ergeben hat, daß die bürgerlichen Parteien nicht die Interessen der Arbeiterschaft vertreten wollen, so an dieser Stelle, wo kein bürgerlicher Parlamentarier zugegen ist, wo aber jeder Delegierte aus Jahre langer Erfahrung weiß, daß die Sozialdemokratie stets die Volltrefferin des Willens auch der seemannsmännlichen Arbeiter war. An schlagenden Beispielen führte dann der Referent an, wie selbst die Reichsregierung sozialdemokratische Vorschläge zur Seemanns-Ordnung berücksichtigt und wie Vertreter bürgerlicher Interessen in Stunden der Erkenntnis zugeben mußten, daß die Seemanns-Ordnung weit besser zu handhaben wäre, wenn die Reichsregierung nicht so übereinstimmend gewesen wäre und mehr den sozialdemokratischen Anträgen stattgegeben hätte. Müller hielt dann den deutschen Arbeitern ihr Sündenregister vor und zeigte an zahlreichen Tatsachen, wie das Unternehmertum bei einem ungleichlichen Ausschlag des Gewerbes und bei den fettesten Profitten sich nur von dem einen gemeinschaftlichen Gedanken leiten läßt, die Erweiterung der Sozialgesetzgebung zu hinterstreifen. In zehn Jahren hat sich die Leistungsfähigkeit der deutschen Handelsflotte um 234 Prozent erhöht, und da wagen die Rhetoren zu behaupten, daß sie durch die 2.85 Mark, welche die Sozialgesetzgebung pro Mann und Monat kostet, zu Grunde gerichtet würden. In flammender Aufregung schilderte Müller dann das materielle Elend des Seemanns, dessen Behandlung noch weit hinter der des Soldaten steht. Er wies auf die Unrechtlichkeit, Rechtlosigkeit, auf die ungenügende Entlohnung der Matrosen und Setzer hin und führte zahlreiche Beispiele an, wie Arbeiter und Seefahrer sich gewöhnlich an der Mannschaft verhalten. Die Rhetoren, indem sie aufeinander verdorbenen oder mindertvertrauen. Leicht dem Verderben ausgelegte Nahrungsmittel als Proviant an Bord geben, die Kapitane, indem sie die Mannschaft bestehlen. Dies geschieht entweder dadurch, daß der Kapitän von dem zur Proviantierung der Mannschaft bestimmten Gelde oft einen sehr erheblichen Teil in seine Tasche wandern läßt oder daß er in fremden Sätzen guten Proviant gegen schlechten umtauscht. Solche Gaunereien werden zum Teil noch vom Rhetor entschuldigt, während der

Seemannsverband, der sich etwa an den für die Reichspostgesetzgebung bestimmten Vorkursen vergriff, wegen Diebstahls mit Gefängnis bestraft wird. Solche Schicksalsfälle sind empfindlich; was soll man dazu sagen, wenn durch sorgfältige Untersuchung aus Licht gefördert wurde, daß der Hochmaat des Dampfers „Rubier“ verborrenes Mehl bekommen hatte und in seiner Verabreichung Selbstmord beging, da er bestraft wurde, weil es ihm nicht möglich war, aus solchem Mehl genießbares Brot zu backen. In einem anderen Gerichtsverfahren, bei der Referent anführte, ist festgestellt worden, daß ein Kessel der Dampfer „Lübeck“ verborrenes Mehl bekommen hatte und in seiner Verabreichung Selbstmord beging, da er bestraft wurde, weil es ihm nicht möglich war, aus solchem Mehl genießbares Brot zu backen. In einem anderen Gerichtsverfahren, bei der Referent anführte, ist festgestellt worden, daß ein Kessel der Dampfer „Lübeck“ verborrenes Mehl bekommen hatte und in seiner Verabreichung Selbstmord beging, da er bestraft wurde, weil es ihm nicht möglich war, aus solchem Mehl genießbares Brot zu backen.

Sowohl die Vor- wie die Nachmittags-Sitzung wurde völlig durch das Referat des Vorsitzenden Müller ausgefüllt, das in dem Verlangen nach besseren gesetzgeberischen Maßnahmen zu Gelingen der Seeleute ausklang. Eine Diskussion erfolgte nicht; die Versammlung stimmte vielmehr einhellig einer Resolution zu, in der auf die Notwendigkeit der heutigen Seemannsordnung hingewiesen wird. Bessere Behandlung der Arbeitskräfte, verstärkter Schutz von Leben und Gesundheit der Seeleute, Sicherung der Rechtsverhältnisse, Fürsorge für Krüppel und Gehe, Erhöhung der heutigen Minimallohn um 15 bis 20 Prozent und ein einheitlicher Ueberstundenlohn von 50 Prozent, Revision der Seemannsordnung, Kontrolle der Schutzmaßnahmen an Bord durch Gesetze, Revision der Spelterolle, Stellung der Seeleute unter das Krankenversicherungsgesetz, ein Reichs-Verordnungs- und ein Tief- und Leuchtlicht-Gesetz: das sind im wesentlichen die Forderungen, die in der Resolution erhoben werden.

Auf der Tagesordnung des Kongresses steht noch die soziale Fürsorge für die Hafenarbeiter, Munitionsfabrikanten, Hülsenfabrikanten und Setzer, sowie die Unfall- und Krankheitsversicherung der Arbeiter auf den deutschen Werften und die Mittel zu ihrer Verhütung. Referenten zu diesen Fragen sind die Verbandsvorsitzenden Johann Döring-Hamburg und Karl Fischer-Berlin, sowie der Arbeitersekretär Rudolf Wisel. Außerdem hat der Kongress noch über die Errichtung eines ständigen Seemanns-Schutzkomitees für die in der Schiffahrt und am Schiffbau beteiligten Arbeiter zu beschließen. Wie der Tabak-Arbeiterkongress und die Heimarbeitersammlung kann auch der Seemannskongress die Regierung und die herrschenden Klassen darüber belehren, daß die „Kampfschiffe“ der Arbeiter keineswegs voll ist; aus dem Referat des ersten Tages ist vielmehr zu entnehmen, daß die Seeleute eine solche „Kampfschiffe“ noch nicht einmal von fern gesehen haben!

## Deutscher Reichstag.

72. Sitzung. Mittwoch, den 21. März, Nachmittags 1 Uhr.

Aus dem Reichstagspräsidenten: Ein Regierungskommissar.

Präsident Graf Ballerstein: Meine Herren! Ich habe Ihnen schon wieder eine schmerzliche Mitteilung zu machen. Unter Kollegen Langmann, der dem Reichstage von 1891 bis 87 für den sechsten Kreiswahlkreis und von 1893 bis jetzt für den 3. Kreiswahlkreis angehört hat, ist heute früh 7 Uhr an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben, nachdem er noch gestern sich an den Arbeiten des Reichstages beteiligt hat. Sie haben sich zum Gedächtnis des Verstorbenen erhoben, ich konstatiere das. Hiermit tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Abg. Liebermann (Sozialdemokrat): Der Antrag Liebermann u. Sonnenberg (Wirtsch. Tag.) und Gen., welcher lautet: Die Verbände der Arbeiter werden ersucht, durch Vermittlung des Reichsamts des Innern Maßnahmen der Bundesregierung herbeizuführen, wodurch die den Reichsdemokraten durch Landesgesetz und den § 17 des Reichswahlgesetzes gewährte Rechte der Wahlberechtigung vor dem Reichswahlgesetz geschützt ist. Abg. Liebermann von Sonnenberg (Wirtsch. Tag.) begründet den Antrag. Die landesgesetzlichen Rechte sind zu verabschieden, daß es oft schwierig ist, zu wissen, nach welchem Rechte man sich in irgend einer Versammlung im Lande zu richten hat. Dennoch würde ein Reichsgesetz für viele Gegenden einen Rückschritt bedeuten, weil es sich doch immer nur auf einer mittleren Linie bewegen könnte. Jetzt werden die Länder der Gesetzgebung von der Sozialdemokratie zu einer Art Gewalttätigkeit benutzt. Ich habe in 3000 Versammlungen in 26 Jahren gesprochen und wollte manches über das sagen. In Abbruch zum Beispiel verlangen die Sozialdemokraten die Bureaufwahl, und als wir die verteilten, redete ein Sozialdemokrat immer gleichgültig mit mir. (Gelächter.) In Dänzig wollten die anwesenden Sozialdemokraten gar nicht, was Bureaufwahl ist, aber sie schrien fortwährend: Hallo! Bureaufwahl! Hallo! Bureaufwahl! Die sozialdemokratische „Tribüne“ in Erfurt wollte uns die Eisenacher Turnhalle in die Schuhe schieben. Aber aus dem Bericht des Bezirksamtmanns Krautwetter geht das Gegenteil hervor. Wir waren nicht verpflichtet, eine Bureaufwahl vorzunehmen. Nur den Verordnungen der Regierung ist es zu danken, daß nicht noch Schlimmeres passiert ist, als in Wirklichkeit geschehen ist. Unser Antrag will, daß bestimmte Vorschriften für ganz Deutschland erlassen werden, nach denen sich die Polizei überall zu richten hätte. Vor allem kommt es darauf an, daß das Landrecht, welches der Vorsitzende einer Versammlung gerichtet, geschützt wird und daß die Polizei diesem zur Feststellung und eventuellen Entfernung von Ruhestören beistehen ist. (Beifall rechts.)

## Abg. Vandert (Sozialdemokrat):

Mit dem Kern des Antrages bin ich einverstanden, da wir stets für den Schutz der Versammlungsfreiheit eingetreten sind. Wir haben uns vor allem über die gewalttätige Störung der Versammlungsfreiheit durch die Verbände zu bekümmern; auch die Gewerkschaften haben vielfach darunter zu leiden. Auf die Verabschiedung des Herrn Vorredners daß der Satz: Wer im Stillsitzen liegt, soll nicht mit Steuern werden. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Wurde doch erst vor kurzem in Stuttgart eine Versammlung im evangelischen Vereinshaus, wo der bekannte Professor Reiffers aus Breslau über „Die und die Reichsstaatsverträge“ sprach, durch Schreien, Pfeifen, Toben und ununterbrochene Rufe: raus! raus! von den Antifemiten unendlich vernichtet. Vor 15 Jahren wurde in einer antifemischen Versammlung den Anwesenden verkündet, bei einem offenen Dohr sitzen zu bleiben, und als sie es taten, erklärte man, sie von antifemischer Seite zu denunzieren. (Hört, hört! bei den Soz.) Die antifemischen Handlungsgelübden sind wegen ihrer Gewohnheit, Versammlungen von Handlungsgelübden anderer Versammlungen zu sprengen, bekannt. In den Jahren 1893 und 1898 haben sich besonders in Sachen die Antifemiten in der Sprengung sozialdemokratischer Versammlungen hervorgetan. (Sehr richtig! bei den Soz.) Und nicht nur die Antifemiten allein, auch Angehörige anderer bürgerlichen Parteien verfolgen diese Praxis dort, wo sie sich in der Mehrheit befinden. Wir handeln anders. Vor jeder Reichstagswahl werden von unserem Vaterland an die Vertrauensmänner Zirkulare versandt, in welchen ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß die Parteigenossen solche Versammlungen, von welchen sie durch Plakate oder Zirkulare ausgeschlossen werden, meiden sollen. Das wird in den allerersten Fällen auch befolgt. Und wenn derartige Vorkänge, wie sie Herr Liebermann u. Sonnenberg vorgebracht hat, wirklich vorgekommen sind, dann hat dafür andere Ursachen maßgebend gewesen. Bei der Eisenacher Wahl haben sich die Antifemiten von vornherein einer groben Verfehlung der Wählermassen schuldig gemacht. Die erste Versammlung haben die Antifemiten unter falscher Flagge als Vertreter der vereinigten nationalen Parteien einberufen und so die Wähler beschwindelt. Der nationalliberale Kandidat hat selber anerkannt, daß die Sozialdemokraten durchaus berechtigt waren, in dieser Versammlung Bureaufwahl zu verlangen, und die freimüthige „Eisenacher Tagespost“ hat die Antifemiten die ärgsten Schwindler und dummdrehtesten Volksbedröcker genannt. Die Hauptsache, daß es bei der Wahl überhaupt zu Unruhen kommen konnte, lag an dem provokatorischen Vorgehen der Behörden. Der Bürgermeister von Eisenach ließ vor der Wahl den Antragsparagrafen anschlagen. (Hört,

## Kunst, Wissenschaft und Technik.

**Attertanfunde.** Eine weitläufige Grabkammer ist unter dem Sockel der Traianssäule in Rom aufgedeckt worden. Der Ausgrabungsleiter Banti hält sie für die Gruft, in der nach Dio Cassius und Entrop die Asche des in Aien gestorbenen Kaisers in einer goldenen Urne beigesetzt wurde. — Aus Aiacira wird der „Ain Jg.“ gemeldet: Der hierher Berichtskorridor der Londoner „Tribüne“, Hubert Martin, Verfasser vorzüglicher Werke über Marokko, hat in Gibraltar im Keller und im Stall eines von einem englischen Offizier bewohnten Hauses ein wohlverhaltener Bath aus der Zeit der Mauren herrschaft entdeckt. Die marokkanischen Delegationen haben die Stätte mit großem Interesse besucht. Es wurde auch ein 4000 Gallonen haltendes Wasser-Sammelbecken dabei entdeckt. Der Bewohner des Hauses, der von dem alten Baumer keine Ahnung gehabt, hatte bisher keinen Wasserbedarf bei den Wasserverkäufern abgedeckt.

## Aus aller Welt.

**Das Verbrechen von Courrières.** Die Arbeiten schreiten langsam vorwärts. In Nacht 2 in Blich Montigny gewann das Feuer, wie man vorhergesehen hatte, beim Definieren der Absperrdämme um einige Meter an Ausdehnung nach der Seite hin, wo Luft einströmte. Nachdem nun alle Maßnahmen zur methodischen Bekämpfung des Feuers mit Hilfe von Wasser beendet sind, gewinnt die Feuerwehr Terrain. Das Wetter ist andauernd schlecht, es fällt Regen und Schnee. — Die Inanienkommission erließ folgende Bekanntmachung: Man begann früh 4 Uhr mit der Bekämpfung des Feuers, und gewann bis 6 Uhr vier Meter. Zwei Leichen wurden zutage gefördert.

**Von der Genickharre.** Wie gemeldet wird, nimmt in einzelnen Gegenden des Ruhrbezirksgebietes die Genickharre weiter zu. Aus dem Bezirk Duisburger-Aubroet werden allein 80 Erkrankungen und 80 Todesfälle gemeldet, und Montag kamen neue Todesfälle an dieser bössrigen Krankheit in Eschmidtsdorf und in Wors vor. — Auch in Dextereichisch-Schlesien nimmt die Seuche zu. Vom 1.—15. März sind dort 30 Erkrankungen gegen 33 im ganzen Monat Februar vorgekommen. — In ganz Preußen sind nach amtlicher Mitteilung im Februar 229 Personen an Genickharre erkrankt, 111 gestorben.

**Brennende Arbeiterbaracken.** In Mallnig (Oesterreich) sind mehrere Baracken in Brand geraten. Dabei fanden sechs ungarische Tunnelarbeiter den Tod und fünf erlitten schwere Brandwunden.

**Dennig-Rachtlänge.** Beim „Dennig-Spielen“ erschossen wurde in Berlin der zehn Jahre alte Sohn Rudolf des Schneiders Spanu. Spanu besitzt eine Laube. Frau Spanu war mit ihrem

Sohne hinausgegangen. In der Nähe wickeln vier Knaben „Dennig und der Schußmann“. Der kleine Rudolf Spanu passierte diese Stelle und kam plötzlich leblos zusammen. Es stellte sich heraus, daß er einen Schuss in den Rücken erhalten hatte. Ein sofort herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod konstatieren. Bei den Nachforschungen stellte sich heraus, daß der Sohn des Schuhmachers Folge mit dem Revolver seines Vaters den verhängnisvollen Schuss abgegeben hatte.

**Ein Schwereurteil.** Das Kriegsgericht zu Frankfurt a. M. in verurteilte den Missetäter Kobant wegen Schussverletzung und Verletzung zu drei Jahren Gefängnis. Er hatte einem Geisteskranken einen Stoß vor die Brust versetzt.

**8 Jahre Gefängnis.** Die erste Strafkammer des Landgerichts zu Braunschweig verurteilte am Mittwoch den 18-jährigen Hansheiling Brunke, der am 17. Oktober 1905 die beiden Schwestern Haars an deren ausdrücklichen Wunsch erschossen hatte, wegen Totschlags in Verbindung mit Tötung auf ausdrückliches, ernsthaftes Verlangen der Angehörigen, sowie wegen Diebstahls in 20 Fällen zu acht Jahren Gefängnis.

**Die schlechte Behandlung im Militär.** Der Remypner-Geselle Schuster, der in Berlin auf den Major Ordnung geschossen hat, saß bei seiner Vernehmung auf der Polizei aus. Schuster sei ihm völlig unbekannt. Er habe sich beim Major Ordnung seiner schlechten Behandlung beim Militär erinnert und deshalb seinem Hohn gegen alle, was Militär sei, Ausdruck gegeben. Infolge seiner Arbeitslosigkeit in verzeihlicher Stimmung, habe er sich einmal an dem ersten, der ihm in den Weg kam, rächen wollen.

**Folgenreichere Brandfälle.** Aus dem Eislerort Wallersheim wird vom Ausbruch eines Brandes berichtet, bei dem eine Frau und zwei Kinder tödliche Brandwunden erlitten. Bei dem Veruche, Vieh zu retten, fiel das brennende Dach auf die Frau, deren Kleider alsbald Feuer fingen. Sie erlitt lichterloh brennend zu dem 800 Meter entfernten wohnenden Nachbar, wo sie bewußlos zusammenbrach. Auch die Kinder haben schwere Brandwunden erhalten. Das ganze Anwesen, Wohnhaus, Scheune, Stallungen brannten nieder. Das gesamte Vieh, eine Anzahl Kinder, Ziegen, mehrere Pferde kamen in den Klammen um. — In Grenz in Pommern brach in der Stallung eines Gehilfen Feuer aus, wobei 500 Schafe, große Futter- und Strovvorräte, sowie die landwirtschaftlichen Maschinen verbrannten. Mit großer Mühe gelang es, das Rindvieh zu retten.

**Ein Juwelierstahl.** Wie aus Erfurt amtlich gemeldet wird, bei der Einfahrt des Güterzuges 7554 in Wasserballen, wobei heimlich infolge des Bruches der Abgabel eines Kohlenwagens, statt. John Bauen entgriffen, Personen wurden nicht verletzt; der Materialschaden ist bedeutend. Der Betrieb wurde unermesslich gestört. — Wie der „Schwäbische Merkur“ meldet, entleert von Präfekt kommende Schwellung bei der Durchfahrt durch den Bahnhof Dietigheim. Der letzte Wagen (direkter Wagen Amsterdam-Ulm), der jedoch nur schwach besetzt war, wurde umge-

worfen, so daß die Passanten durch das Wagenfenster steigen mußten. Mehrere Reisende und Wagenwärter wurden leicht verletzt, die übrigen kamen mit dem Schrecken davon. Von Stuttgart wurde sofort ein Hilfszug abgefordert, um die Strecke frei zu machen.

**Ein Schwereurteil.** Aus Hamburg wird gemeldet: Der Schoner „Koll“ ist an der Südspitze von Delam gesunken. Drei Mann der Besatzung ertranken.

**In einer verhängnisvollen Katastrophe** hat ein Schneesturm im Kaisergebirge geföhrt. Aus München wird gemeldet: Im Kaisergebirge bei Kuffstein verunglückten vier Münchener Touristen im Schneesturm. Die Rettungsexpedition fand den Probstreiter Standacher abgestürzt und tot vor, eine Dame ist vor Erschöpfung auf dem Transport gestorben. Dem Kuffsteiner Schlittengerber sind die Föhle ertrunken. Der vierte, ein Apotheker Palmberger, wurde angeblich lebend geboren.

**Tausende von Menschen umgekommen.** Ueber die furchtbare Erdbebenkatastrophe, von der die Insel Formosa heimgegriffen worden ist, liegen jetzt nähere Nachrichten vor. Der Londoner „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio: Infolge teilweiser Wiederherstellung der Verbindungen gelangen jetzt Einzelheiten über das große Erdbeben auf der Insel Formosa hierher. Danach wird gegenwärtig die Zahl der Umgekommenen auf mehrere tausend angegeben. Die ganze Insel wurde durch die Erdstöße erschüttert, die vom frühen Morgen des 17. März bis spät in die Nacht hinein fortbauerten. Leichte Erdstöße wurden auch in Japan verspürt. So wurden in Kumamoto während der Nacht und am folgenden Morgen fünf deutliche Erdstöße wahrgenommen. Telegramme aus Formosa melden, daß die blühende Oete Datrijo, Raibiko und Schinto vollständig zerstört worden sind. In Nagi sind 900 Eingeborene und 7 Japaner ums Leben gekommen. Die Behörden verrichten ihre Arbeiten entweder unter freiem Himmel oder in schnell zusammengezurten Hütten. In Datrijo wurden etwa 600 Tote gezählt. Der Sachschaden ist ungeheuer.

## Literatur.

\* **Kommunale Praxis**, Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt, herausgegeben von Dr. Albert Edelmann. Nr. 12 der vorliegenden Nummer 12 der Kommunalen Praxis stellt neben einer gründlichen und wohl dokumentierten Abhandlung des einzigen Vertreters der Sozialdemokratie in der weiten schlesischen Kammer, des Abg. Goldstein, über den Entwurf eines Gesetzes über das Wasserrecht in Sachsen, ein Aufsatz, der die neueren Untersuchungen auf dem Gebiete der Hygiene des Schulzimmers überblickt darstellt. Der Notwendigkeit des Blattes bligt eine Fülle von anregenden Mitteilungen aus allen Teilen des Reiches: die Vertreter des Proletariats in den Gemeindefortschritten finden hier manche fruchtbringende Anregung. Wir verweisen aber auch alle, die an dem Fortwärtigen der kommunalen Arbeit interessiert sind, auf die Zeitschrift.

Probenummern der Zeitschrift kann man ganz kostenlos von der Verlage der Kommunalen Praxis in Berlin W 15 beziehen.

Bei den Sozialdemokraten... Der ganze Vorgang war nicht als ein harmloser Vorfall...

Abg. Gieseler (Zentrum): Nachdem der Reichstag so oft ein freies Wahlrecht gefordert hat, kann er umsohin nicht...

Abg. Gieseler (Zentrum): Ich habe den Eindruck, dass die Sozialdemokraten...

Abg. Gieseler (Zentrum): Ich bin nicht in der Lage, die Schuld an dem...

Abg. Gieseler (Zentrum): Ich habe den Eindruck, dass die Sozialdemokraten...

Abg. Gieseler (Zentrum): Ich habe den Eindruck, dass die Sozialdemokraten...

Abg. Gieseler (Zentrum): Ich habe den Eindruck, dass die Sozialdemokraten...

Abg. Gieseler (Zentrum): Ich habe den Eindruck, dass die Sozialdemokraten...

Abg. Gieseler (Zentrum): Ich habe den Eindruck, dass die Sozialdemokraten...

Abg. Gieseler (Zentrum): Ich habe den Eindruck, dass die Sozialdemokraten...

Abg. Gieseler (Zentrum): Ich habe den Eindruck, dass die Sozialdemokraten...

Abg. Gieseler (Zentrum): Ich habe den Eindruck, dass die Sozialdemokraten...

Abg. Gieseler (Zentrum): Nachdem der Reichstag so oft ein freies Wahlrecht...

Abg. Gieseler (Zentrum): Ich habe den Eindruck, dass die Sozialdemokraten...

Abg. Gieseler (Zentrum): Ich bin nicht in der Lage, die Schuld an dem...

Abg. Gieseler (Zentrum): Ich habe den Eindruck, dass die Sozialdemokraten...

Abg. Gieseler (Zentrum): Ich habe den Eindruck, dass die Sozialdemokraten...

Abg. Gieseler (Zentrum): Ich habe den Eindruck, dass die Sozialdemokraten...

Abg. Gieseler (Zentrum): Ich habe den Eindruck, dass die Sozialdemokraten...

Abg. Gieseler (Zentrum): Ich habe den Eindruck, dass die Sozialdemokraten...

Abg. Gieseler (Zentrum): Ich habe den Eindruck, dass die Sozialdemokraten...

Abg. Gieseler (Zentrum): Ich habe den Eindruck, dass die Sozialdemokraten...

Abg. Gieseler (Zentrum): Ich habe den Eindruck, dass die Sozialdemokraten...

Abg. Gieseler (Zentrum): Ich habe den Eindruck, dass die Sozialdemokraten...

Abg. Gieseler (Zentrum): Ich habe den Eindruck, dass die Sozialdemokraten...

treffen, bewegt sich aber tatsächlich in den Kreisen... Mittelstandspolitik und in eine würdige Erziehung...

Partei-Angelegenheiten.

Ein Nachspiel zum roten Sonntag. Weil er die Maß-

nahmen kritisiert hatte, die der Kölner Polizeipräsident am 21. Januar...

Die Konstitution des „Südwestlichen Postboten“ in...

200 Mark Weidkrone soll Genosse Martwald in Forst...

Die deutschen Siegesstämme abermals vor dem...

Reichsgericht. In der „Mittl. Volksstimme“ war am 19. Oktober...

Reichsgericht. In der „Mittl. Volksstimme“ war am 19. Oktober...

Arbeiterbewegung.

Zur Lohnbewegung der Schneider in Cottbus. Von...

Die Schneidergehilfen in Wärsburg sind in eine De-

Die Streikbewegung im nördlichen Aachengebiet zu...

Die Streikbewegung im nördlichen Aachengebiet zu...

Die Streikbewegung im nördlichen Aachengebiet zu...

Das Abgeordnetenhaus

hatte am Mittwoch eine äußerst reichhaltige Tagesordnung ab-

haben hierbei natürlich auch Forderungen aufgestellt. Wie schon be-  
richtet, haben die Unternehmer die Forderung auf 50prozentige Lohn-  
erhöhung abgelehnt und 10 Prozent geboten und der Ver-  
einbatterer, der am Dienstag in Lens lagte, hat wiederum das  
Angebot der Unternehmer abgelehnt.

Die Stimmung unter den Bergleuten ist im ganzen Kohlen-  
revier eine kühne, erbittert. Das neue Syndikat, welches  
an die Konföderation der Arbeit angegeschlossen ist, stellt die Forderung  
auf: 8 Stunden Arbeit, 8 Pfennig Lohn und viele Mitglieder  
des alten Verbandes schließen sich dieser Forderung an. In einer  
Versammlung in Lens, in der Deputat über die Unterhandlungen in  
Paris berichtet, nahm Droxtschow, der Führer des  
neuen Verbandes, das Wort und sagte, daß die Bergleute  
wegen der zu stellenden Forderungen nicht gefragt worden  
wären. Ohne Danks zu sagen, griff er diesen doch an  
und betonte die Notwendigkeit, daß die Verhältnisse ihrer  
Interessen nur Arbeiter anerkennen dürften. Von solcher  
Stimmungsmache gegen die eigenen Führer werden schließlich nur die  
Unternehmer profitieren. Das schließliche Resultat der Verhandlung  
war: 8 Stunden Arbeit, 8 Pfennig Lohn, Verständigung  
zwischen den zwei Verbänden und Anschluß an die Konföderation der  
Arbeit. Davons ist ersichtlich, daß die Stimmung sehr gegen den  
alten Verband und dessen Führer gerichtet ist. Bei dieser Unzufriedenheit  
unter den Arbeitern selbst ist leider zu befürchten, daß die Forderungen  
Streiks ihnen nicht in dem Umfange zuwillen werden, wie es wohl  
sonst der Fall gewesen wäre.

Die neueste Meldung besagt, daß 85.000 Bergleute im  
Streik sind.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, 22. März.

#### Setze Einreihen unter den schlesischen Offizieren.

Der bekannte, verabschiedete Oberst Gable schreibt  
im „Berliner Tageblatt“ in einem Artikel unter anderem  
folgendes über Stellen, an denen gearbeitet werden könnte:

Das Gehalt des Kriegsdienstes nicht der neu geforderten  
Summe von 14.000 Mark ist nicht bekannt worden.

Nachdem sie so ihre gute und staatsdienliche Bestimmung  
befolgen hätte, riefte sich die Kommission zu einer Mannes-  
mandanturen und Plazmajorstellen. Da sie  
selbstverständlich bei der Militärverwaltung mit diesen Plätzen  
keine Gegenstände sind, würde sie sogar das lange nicht Erhöhte:  
sie bezeichnete eine — eine ganze — Plazmajorstelle als künftig  
fortfallen! Allerdings suchte sie sich zu dieser wichtigen Tat einen  
möglichst ungefählichen Punkt aus, die halb verschollene Festung  
Königsstein (Garnison von 200 Mann) an der Elbe; aber immerhin,  
wenn ihr das nur gut bekommt!...

Wenn er sonst an dieser Stelle ernsthaft Ordnung schaffen  
und Einsparnisse machen wollte, bliebe ihm noch recht viel zu  
tun übrig; er könnte zum Beispiel ohne weiteres die Stelle  
in Aktion von neuem freilegen. Kommt doch Hannover trotz  
einer erheblichen Garnison ganz gut ohne Kommandantur  
aus.

Sollte die Hoffung des Gouverneurs von Ver-  
lin wirklich ebenso unentbehrlich sein, wie sie allerdings gut  
bezahlt ist?

Warum ist für Breslau der Posten eines  
Kommandanten ausgeschrieben, während die  
Verhältnisse dort doch nicht anders liegen  
als in Kassel und Hannover, wo das Fehlen von  
Kommandanten noch keine weitergehenden Nachteile zutage  
gefordert hat? In Kassel liegen 7 höhere Stöße, 5 Bataillone,  
5 Eskadrons, 6 Batterien, 1 Trainbataillon, 1 Kriegsschule;  
in Breslau ist etwa die gleiche Garnison:  
6 höhere Stöße, 6 Bataillone, 5 Eskadrons, 6 Batterien, ein  
Trainbataillon untergebracht. Worin besteht der Unterschied  
zwischen beiden Städten? Kein Zweifel, daß man  
in Breslau den Kommandanten und den  
Plazmajor ebenso gut entbehren könnte wie  
in Kassel oder wie etwa in Allenstein. Noch weniger gerechtfertigt  
ist die Kommandantur der offenen Stadt Frankfurt a. M., wo  
nur 3 Bataillone und 3 Batterien liegen. Auch hier könnte man  
mindestens das Gehalt eines Generalleutnants er sparen, wenn  
man schon den Plazmajor beizubehalten will. Und wenn wir es  
nachschauen beurteilen, daß in dem fleißig gelegenen Ort ein  
Kommandant sich auf seine alten Tage an den Naturwissenschaften  
des Landes ergötzt und dort ein *otium cum dignitate* genießt,  
so könnte doch wenigstens der Plazmajor als ein *ombarras de  
nobis* in Fortfall kommen.

Die offene Stadt Glogau noch als Festung bezeichnen  
zu wollen, ist wirklich ein etwas weitgehender *Hyasnachts-  
schmerz*. Kommandant, Plazmajor, In-  
genieur-Offizier vom Plaz könnten hier ge-  
richten werden.

So hat sich schon bei einem flüchtigen Ueberblick heraus-  
gestellt, daß man ohne jeden Nachteil folgende über-  
flüssigen Posten einzahlen lassen könnte: 2 Gouver-  
neure, 5 Kommandanten, 1-2 Generalstabs-Offiziere, 3 Plaz-  
majore, 1 Ingenieur-Offizier vom Plaz. 12-13 Stellen, für die  
im Beereshaushalt 150.000 Mark ausgetrieben sein werden.

Wenn man so an den Stellen ist, wo es möglich und  
geboten ist, fände man auch die Mittel für nötige Ausgaben  
an anderen Stellen. Aber auch Posten besitzt eine Wich-  
tigkeit, die hier die Einsetzung eines Gouverneurs, dem ein  
Charaktername als Kommandant beigegeben werden könnte, wohl  
rechtfertigen würde. Man muß nur mit dem hochachtungsvollen  
Wunsch an die Hand nehmen, daß die Posten als Gouverneur und  
Kommandant Einreihen für Offiziere sind, die zwar  
nicht weiter befördert werden sollen, denen man aber sonst wohl  
toll. Wir haben mit diesem System schon einmal, vor hundert  
Jahren, traurige Erfahrungen gemacht. Die unglücklichen Kom-  
mandanten, die nachher mit der allgemeinen Verachtung beladen  
wurden, waren eigentlich die am wenigsten Schuldigen von allen.  
Sie hatten ihre Posten als Verjüngung auf ihre alten Tage er-  
halten wie der Gouverneur eines Invalidenhaus.

Natürlich werden diese Ratschläge „eben“ kein Gehör  
finden — am Moloch Militarismus darf nicht gerüttelt  
werden. Aber wertvoll ist es für uns doch, daß hier ein  
Sachverständiger nachweist, daß die Steuerzahler  
Einreihen (Besoldungsstellen ohne Amtsgeschäfte) für Offiziere  
bezahlen müssen!

\* Milde Richter findet stets der Dekretessenhändler  
Wilhelm Schicht in der Tinkernstraße, der bereits  
leben Mal wegen Uebertretung der  
Sonntagsruhe verurteilt wurde. Und trotz  
dieser sieben Vorstrafen wegen ein und desselben Deliktes  
erhält er immer nur 20 bis 30, im Höchstfalle mal 50  
Mark Geldstrafe, das letzte Mal vor einigen Tagen gar  
nur 30 Mark, so daß der Herr an der sträflichen Son-  
tagsausbeutung seiner Angehörten viel mehr ver-  
diene, als er „Strafe“ bezahlen muß. Er war be-  
kanntlich ein königlicher Gewerbetreibender, der mutig das  
Wort aussprach: „Die Strafen gegen Arbeitgeber  
sind meist so niedrig, daß die Verurteilten plebsch dadurch  
zum Uebertreten der Gesetze direkt ermuntert  
werden.“ Es ist und bleibt eben eine Reichfertigkeit son-  
derartigen, die Breslauer Richter alleamt in Grund und

Boden zu verdammen. Die Figuren zeigt, gibt es auch  
milde unter ihnen. Unser Recht ist nur schuld daran, daß  
wir es von — den anderen abgeurteilt werden.

\* Antisemitischer Schwund. Die „Deutsche Ta-  
geszeitung“ behauptet wieder in ihrer witzlosen Art,  
unter den Referenten der am Sonntag in Berlin und Um-  
gegend abgehaltenen Versammlungen 87 „Juden“ ge-  
wesen seien und bricht zum Schluß in den Worts aus:  
„Das sind die Führer der deutschen Sozialdemokratie.“  
Der „Schlesischen Zeitung“ gefiel das so gut,  
daß sie nun ebenfalls die Namen der Referenten ab-  
druckt — wohl in der Hoffnung, die Leser würden sich  
beim Lesen der jüdisch klingenden Namen schon den  
nötigen Vers dazu machen. Nun ist es uns klar, sagt  
mit Recht dazu der „Vorwärts“, „böhmisch schnuppe“, ob je-  
mand romantischer, germanischer oder semitischer Abstam-  
mung ist; nach Durchsicht der Rednerliste können wir je-  
doch konstatieren, daß das Deutsche Blatt „für deutsche  
Art“ nach der bekannten Eigenart seiner Söhne agra-  
risch aufgeschritten hat. Es stempelt schlechtweg  
die Genossen Koblenzer, Wittin, Gillier,  
Märzberg, Kostiol, Grauer, Leib, Frei-  
waldt, Sonnenburg, Bacher, Wiesen-  
thal, Ahrens, Paffler, Jacobsen, Sa-  
bach, Bachau, Weiss und Thomaeer zu  
Semiten, die durchweg gute Arbeiter sind und es in Bezug  
auf „Abstammung“ nach den Begriffen der „Deut-  
schen Tageszeitung“ sicher mit so manchem Junger auf-  
nehmen können. Also von 87 sind 18 zugezo-  
gen. 50 Prozent Ausschlag. Die „Deutsche Tages-Zig.“  
versteht demnach das Ausschlagen noch besser, als der  
beste Schwacherjude.“

\* Zum Kapitel: Arbeitswillige. Die Vereinigten  
Delfabriken Breslaus, die ihre Arbeiter ausgesperrt haben,  
suchen ihr Vorgehen zu beschönigen, indem sie den aus-  
gesperrten Arbeitern vorwerfen, sie hätten den Ansprüchen,  
welche verlangt, nicht genügt. Dazu schreibt die „Vötker-  
Zeitung“:

Dabei weiß alle Welt, daß die Delfabriken allen Schund  
von Fässern aufzukommen. Fässer, die zu nichts anderem  
mehr zu gebrauchen sind, werden zu Öl genommen und das  
schlechte Scherben zu reparieren längere Zeit in Anspruch nimmt,  
scheint dem Direktor ein unglückliches Ding zu sein, sonst würde  
er nicht verlangen, daß 10 Vötker die Arbeit verrichten sollen,  
deren Herstellung vornehm 18 Vötker erforderlich. Nun kommt  
hinzü, daß die Vötker alle sonstigen Arbeiten mit verrichten  
müssen, wie das Wiegen der Fässer, Waschen, Verpacken,  
aufhängen, also von Handarbeit, wie der Direktor sie auszu-  
drücken beliebt, kann keine Rede sein, vielmehr ist der Vorwurf  
ganz beflagelt und sagt nur, daß der Herr Direktor selbst  
sehr wenig Kenntnis hat von dem, was in dem ihm unter-  
worfenen Betriebe vor sich geht.

Das hätte Ende von dem Fauseln, das allen die Krone  
aufsetzt, soll erst noch nachkommen. Der Herr Direktor hat  
nämlich befohlen, den Ausgesperrten zur besseren Kennzeichnung  
folgendes Zeugnis mit auf den Weg zu geben:

Vereinigte Breslauer Delfabriken  
Aktiengesellschaft.  
Breslau, den 8. März 1906.  
Wir bezeugen dem Vötker Otto Genke aus Breslau,  
daß derselbe vom 1. 7. 04 bis 27. 1. 05 in unserer Delf-  
fabrik Paradiesstraße als solcher tätig war und sich während  
dieser Zeit gut geführt hat, seine Leistungen aber weiteren  
Ansprüchen nicht voll genügt. Zu größerer Arbeitsleistung  
aufgefordert, ist er sowie 17 andere Vötker in Streik ge-  
treten, infolgedessen von uns entlassen worden.  
Vereinigte Breslauer Delfabriken Aktiengesellschaft.  
p. Kotta.

Man sollte es nicht für möglich halten, daß Leute in  
solcher Stellung noch so gefehlsunkundig sind; die Aus-  
gesperrten werden nunmehr in die nicht angenehme Lage  
kommen, den Herrn Direktor vor Gericht zu zitieren und ihm  
dort beizubringen durch Schadenersatzansprüche, was sich  
von ihm gezehmt und was nicht.

\* Die drohende Verteuerung des Portos im  
Ortsverkehr. Der hiesige Kaufmännische Verein hat in  
seiner am Dienstag Abend abgehaltenen Versammlung nach  
einem Referate des Handelskammer-Syndikus Dr. Frey-  
marf über die Verteuerung des Ortsverkehrs, die durch  
die in der Steuerkommission des Reichstages neu aufgetauchten  
Steuerpläne droht, folgende Resolution angenommen:

Das e-mäßige Porto im Ortsverkehr stellt keine Bedroh-  
ung des Ortsverkehrs und der großen Städte dar, sondern ist als  
Entgelt für die Aufhebung der Privatposten und des von vielen  
gewährten billigeren Portos eingestuft worden; den großen Städten  
steht daher ein besonderer Anspruch auf Aufhebung der bestehen-  
den ermäßigten Sätze zu. Die Erhöhung der Gebühren  
im Ortsverkehr würde zu einer schweren Schädigung  
der städtischen, besonders der handels- und gewerbetreibenden Ver-  
waltung führen, für deren Bedienung ein billiges Porto von  
größter Wichtigkeit ist. Sie würden einen Bruch mit dem his-  
torischen Grundlage der Reichspostverwaltung, an erster Stelle einer  
Hebung des Verkehrs zu dienen, bedeuten. Damit würde  
sie aber zugleich auch den finanziellen Interessen zu-  
widerlaufen, denn für die Postverwaltung vor allem trifft  
der Grundlag zu, daß billige Tarife den Verkehr und die Ein-  
nahmen steigern. Der kaufmännische Verein legt daher gegen die  
Bestrebungen auf Erhöhung des Portos im Ortsverkehr Protest ein.

\* Eine Petition gegen die Aufsichtskarten-  
steuer an den Reichstag zu richten, hat die Breslauer  
Handelskammer beschlossen.

\* Fürsorge für Säuglinge. Stillprämien  
an Mütter zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit  
will die Kommune Regensburg einführen. Der die  
Maßregel begründende Antrag wies auf den Zusammenhang  
zwischen Säuglingssterblichkeit und Säuglingsernährung und  
die bekannte Tatsache hin, daß künstliche Ernährung die  
Säuglingssterblichkeit erhöhe. Er teilte die nicht stillenden  
Mütter in drei Hauptkategorien, in 1. solche, die nicht stillen  
wollen, 2. solche, die aus körperlichen Gründen nicht stillen  
können, 3. solche, denen soziale Verhältnisse das Stillen ver-  
wehren. Den Kindern der letzteren Mütter, so schlusfolgerter,  
könne die natürliche Nahrung durch Stillprämien zurück-  
gegeben werden, die es den Frauen ermöglichen, für einige  
Zeit auf den Erwerb zu verzichten und sich den Kleinen zu-  
widmen. In Frankreich hat der große Rückgang der Ge-  
burtsziffer schon längst in vielen Gemeinden zu der Ein-  
führung von Stillprämien geführt. Der Antrag wurde von

den Gemeindevorständen eingereicht. Nun hat noch der  
Magistrat über ihn zu entscheiden.

\* Folgender Vorfall, der während der Aufführung  
bedarf, wird uns gemeldet: Am 4. Februar melbte sich der  
Arbeiter Hoffmann krank und begab sich in Behandlung des  
Herrn Dr. Bauer. Nach einigen Tagen stellte sich Besserung  
ein, der Mann sah sich gezwungen, sich wieder gesund  
zu machen und der gewannte Arzt erklärte ihn am  
24. Februar für arbeitsfähig. Hoffmann begab sich  
wieder auf Arbeit. Da stellte sich am 7. März bei ihm  
Gliederjittern ein, und er mußte nach dem Krankenhaus des  
Barmherzigen Brüder gebracht werden, wo man Lypus  
feststellte. Am 18. März verstarb der Mann.

\* Verlegung des Arbeitersekretariats. Die  
Gewerkschaftsmitglieder machen wir heute schon darauf auf-  
merksam, daß sich vom 1. April ab das Arbeitersekretariat  
Nikolaistraße Nr. 18/19, erste Etage, befindet.

\* Ein freudiges Ereignis. Ein allgemeiner und  
langersehnter Wunsch der Beamten und Arbeiter der Post-  
stätten-Inspektion 4 Breslau-Freiburg ist nunmehr in Erfüllung  
gegangen: Herr Regierungsrat Leske, der Vorstand dieser In-  
spektion, ist verheiratet worden! Dieser Herr hat es in seiner vier-  
einhalbjährigen Tätigkeit gar wenig verstanden, sich Vertrauen  
und Achtung bei den Beamten und der Arbeiterschaft zu er-  
langen. Sein Verhalten und seine Behandlung der ihm unter-  
stellten und nicht unterstellten Beamten gab wohlherst zu Be-  
schwerden an die höheren Instanzen Veranlassung; massenhafte  
Beschwerden von Arbeitern, die erst in letzter Zeit infolge der  
Veröffentlichungen in der „Vötkerzeitung“ eingeklagt wurden, riefen  
allgemeine Unzufriedenheit und Erbitterung hervor. Dazu kam  
noch, daß die Stücklohnpreise unter dem Regime des Herrn  
Leske fortwährend reduziert wurden, was den Arbeitsverdienst  
der Handwerker und Arbeiter weit unter das frühere Niveau  
herabdrückte. Daß die verschiedenen Klagen, die infolge solcher  
harten Maßnahmen bald nach der Geschäftübernahme durch Herrn  
Leske laut wurden, schließlich auch bei der höheren Behörde  
nicht unbemerkt blieben, daß selbst ein höherer Beamter  
der königlichen Eisenbahninspektion in einer Arbeiterbesprechungs-  
sitzung erklärte: „Es herrscht seit einiger Zeit ein unruhiges  
Geseitz unter den Arbeitern, sagen Sie den Leuten, ich möchte,  
daß dieser Geist bald wieder verschwinden möge.“ Dieser Wunsch,  
— freilich im anderen Sinne — ist von den Beamten und Ar-  
beitern schon längst geübt worden, — nun ist er in Erfüllung  
gegangen, jener „Geist“ ist nunmehr von der Bildfläche ver-  
schwunden. Herr Leske kann aber die Gewißheit von hier mit-  
nehmen, daß ihm keine Kränze nachgeweiht werden wird.

\* Der Gewerkschaftsverband der Lithographen und  
Steindrucker, beschloß sich in seiner letzten Mitgliederversamm-  
lung, die am Dienstag Abend im Gewerkschaftshaus stattfand,  
mit den Verhandlungen über einen deutschen Einheitslohn, die  
vor dem Gewerbegericht in Betrieb geführt wurden und, wie wir  
bereits mitgeteilt haben, ge scheitert sind. Als Referent war  
Kollege Barthel-Berlin erschienen, der die Gewerkschaft  
was nun die Gehilfenorganisation zu tun habe. Die Unter-  
nehmer haben die Tarifverhandlungen lediglich als ein Schach-  
geschäft betrachtet und die Gehilfen hielten von Anfang an über  
Bielefeld, daß diese Verhandlungen ein größeres Resultat bringen  
würden. Die Wünsche der Arbeitsther gehen dahin, die Lohn-  
und Arbeitsverhältnisse der Gehilfen im allgemeinen auf ein  
noch niederes Niveau herabzudrücken, als dasjenige, auf dem sie  
zur Zeit stehen. Nicht den besseren Auspostitionen, sondern den  
rücksichtslossten Firmen sollte der Tarif angepaßt werden. Das  
geht allein schon daraus hervor, daß sie ausgerechnet Herrn  
Wiskott-Breslau zu ihrem Sprecher erkoren haben. Weiter geht  
das aber auch aus der „Berufstätigkeit“ hervor, auf die sie sich  
stützen. Diese Statistik hat ein viel trüblicheres Bild als die  
jenige, die von der Gehilfenorganisation aufgenommen worden  
ist, während sonst die bestehenden Verhältnisse von den Unter-  
nehmern stets sehr rosig gemalt werden. So reichen zum Bei-  
spiel nach der Statistik der Arbeitgeber die Löhne über 27 Mark  
pro Woche nicht hinaus, während nach derjenigen der Gehilfen  
eine ganze Anzahl von Kollegen bereits über 40 Mark pro  
Woche verdienen. Bezüglich der Arbeitszeit verzeichnet die Sta-  
tistik der Arbeitgeber ebenso, daß bei mehreren Firmen die Ar-  
beitszeit viel länger ist, als die von den Gehilfen geforderten  
acht Stunden, indem zum Beispiel in Berlin zum großen Teile  
nur 7 und 7 1/2 Stunden gearbeitet wird, und selbst in Glogau  
eine Arbeitszeit von nur 7 1/2 Stunden zu verzeichnen ist. Je-  
dem die Vertreter der Gehilfen vor dem Gewerbegericht schließ-  
lich die Verhandlungen abgebrochen haben, nachdem es offen-  
zutage getreten war, was die Arbeitgeber bezwecken wollten,  
wurden die Interessen der Kollegen am besten gewahrt. Diese  
haben nun nach wie vor freie Hand, an der Aufbesserung der  
Verhältnisse zu arbeiten und die Stärke ihrer Organisation dabei  
ihnen die beste Gewähr für weitere Erfolge, während die Ar-  
beitgeber eine sinnfällige Forderung derselben beschließen.

\* Redner vertritt die Meinung, daß in den nächsten Jahren  
bezüglich der besseren Firmen nichts getan werden soll, als daß  
die best. rden Verhältnisse aufrecht erhalten bleiben. In  
Schlesien aber und speziell in Breslau, wie auch in anderen  
anderen zurückgebliebenen Gebieten mußte in nächster Zeit mit dem  
größten Nachdruck an der Aufbesserung der Lohn- und Arbeits-  
verhältnisse gearbeitet werden und dürfte man wieder Wache noch  
kosten scheuen, um hier vorwärts zu kommen. Redner empfiehlt  
noch, insbesondere der in Breslau und Schlesien üblichen Be-  
schäftigungsentlohnung entgegen zu arbeiten. Kollege Sagt,  
der für den hiesigen Bezirk an den Tarifverhandlungen teil-  
genommen, schilderte die von ihm gewonnenen Eindrücke, die sich  
völlig mit denen des Referenten deckten. Was im Besonderen war  
die Veranlassung mit den geordneten Ausführungen des Re-  
ferenten und dessen Schlussfolgerungen einverstanden.

\* Ungetreuer Kassierer. Der Zentralverband der Maurer,  
Bauhelfer Breslaus, schreibt uns: Der Maurer Paul B. verkaufte  
in seiner Eigenschaft als „Grundstein“-Kassierer Beitragsmarken  
an die hiesigen Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer. Einige  
Zeit hindurch rechnete er mit dem Kassierer auch regelmäßig ab;  
eines Tages (Juni 1905) blieb er aber eine Summe von 60 Mark  
schuldig. Davon bezahlte er nach und nach 28 Mark. Die  
restierenden 32 Mark zahlte er jedoch trotz mehrfacher Aufforderung  
nicht aus. Nunmehr mußte Anzeige erstattet werden. Am  
19. März verurteilte ihn das hiesige Schöffengericht wegen Unter-  
schlagung zu einem Monat Gefängnis.

\* Schwerer Unfall. Bei Abrucharbeiten in dem Grundstück  
Klosterstraße 137 wurde der Arbeiter Max Deutsch, Ubinstraße 20,  
durch einfallende Erdmassen verwickelt. Aus seiner gefährli-  
chen Lage war er bereits vor Anbruch der Feuerwehre befreit worden.  
Er wurde alsbald dem Krankenhaus Beihöfen eingeliefert. — Ein  
62 Jahre alter Arbeiter an Lobe erlitt am 4. Januar schwere  
Erfrüerungen. Im Krankenhaus des Barmherzigen Brüder ist  
er am 20. d. Mts., anscheinend infolge eines Herzschlages, ge-  
storben. — Am 19. d. M. wurde auf der Reuss-Junkerstraße  
ein Adler durch eine Drochle überfahren, wodurch er schwer Ver-  
letzungen erlitt.

\* Verurteilt wird seit dem 14. d. M. der Landwirt Carl  
Scholz aus Binsig.  
\* Das letzte Auf- und Abpringen. Ein Handelsmann  
wollte am 20. d. M., Nachmittags, an der Guelisenstraße einen  
Straßenbahnwagen während der Fahrt besteigen, kam aber zu Fall  
und wurde gegen die Vorderkante gestoßen, wodurch er anscheinend  
schwere innere Verletzungen erlitt, denn das Blut floß ihm aus  
Mund und Nase. Er wurde in die königliche Klinik gefahren. —  
Am 20. d. M., Nachmittags, kam ein Kaufmann auf der Garten-  
straße beim Absteigen von der Straßenbahn zu Fall.

